WWW.DIEWIRTSCHAFT-KOELN.DE | AUSGABE 07.22

DIE WIRTSCHAFT

DAS WIRTSCHAFTS-MAGAZIN FÜR KÖLN UND DIE REGION

KLIMAKRISE
AUF DEM VORMARSCH

Egal, wer den Krieg gewinnt – das Klima verliert

SOCIAL-COMMERCE

Online einkaufen immer gefragter

65 MILLIARDEN

Was bringt das Entlastungspaket?

Foto: Alex Weis

ERNTEFRISCH VERARBEITET • 100% aus Österreich

Hochwertige Aronia Produkte von Aronialand®

Wir von Aronialand® befassen uns seit Jahren mit der Veredelung der Aroniabeeren aus der Österreichischen Alpenregion (Tirol, Kärnten, Steiermark, u.s.w.). Durch eine besonders schonende Presstechnik und spezielle Trocknungsverfahren sind wir in der Lage, die wertvollen Inhaltstoffe, wie Vitamine, OPC und Spurenelemente der dunkelblauen Beere weitestgehend zu erhalten.

In unseren Produkten steckt der volle Geschmack der heimischen Aronia. Unsere oberste Priorität ist es, diese kraftvolle Beere erntefrisch in ihrer natürlichen und wertvollen Form dem bewussten Kunden anzubieten. Wertverluste durch Gefrieren, Süßen, lange Lagerzeiten, Überreife der Beeren oder Plantagen-Massenproduktion lehnen wir strikt ab.

Unser Aronialand® Bio-Aronia- und Aronia-Direktsaft wird zu 100% aus erntefrischen, regionalen Beeren gepresst. Deshalb bleibt unser Saft „beerenstark“ - intensiv und harmonisch - im Geschmack. Das Aronialand® Aronia Bio-Pulver eignet sich hervorragend zum Kochen, Backen, Würzen von Speisen und besonders zur Zubereitung von wohlschmeckenden Tees.

NEU in unseren Sortiment: Aronia B-Komplex für Ihr Immunsystem - mit Aronia, Sauerkirschsaft, Thiamin (B1), Riboflavin (B2), B6*, B12 und Eisen. (*Vitamin B6 trägt zu einer normalen Funktion des Immunsystems bei).

Rezept: Aronia Tee 1-2 TL Aronia Bio-Trockenbeeren gerieben, 500 ml Wasser, 2 Gewürznelken, 1 Stange Zimt, Saft einer Zitrone, Saft einer Orange, etwas Ingwer, Honig (nach Belieben).

Wasser mit Aronia Bio-Trockenbeeren gerieben, Zimt, Gewürznelken und Ingwer aufkochen - etwas ziehen lassen, Zitronen und Orangensaft dazu, mit Honig süßen.

Die beste Medizin ist die Natur

Tel.: +43 (0) 5373-20600 • www.aronialand.at

Josef Lengauer Straße 14 – 6341 Ebbs / office@aronialand.at

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Queen ist tot, lang lebe der King! Mit diesem Satz wollen wir uns vor der Lebensleistung der britischen Regentin Elisabeth II. verneigen, die mehr als 70 Jahre lang die Geschicke des britischen Empires gelenkt hat. Mit welcher Disziplin sie das getan hat, ohne Skandale, ohne sich zu schonen – das ist bewundernswert und verdient unsere Hochachtung.

Im Deutschen heißt es natürlich: „Der König ist tot, lang lebe der König." Seinen Ursprung hat das Bonmot allerdings in Frankreich, wo die Herolde die Botschaft überbrachten: „Le roi est mort, vive le roi." Sie sollte die Kontinuität der französischen Monarchie untermauern, den nahtlosen Übergang von einem Regenten zum nächsten. Heute findet der Satz auch Anwendung, um spöttisch zum Ausdruck zu bringen, wenn nach einem Ereignis alles beim Alten bleibt. Stillstand also.

Stillstand, von dem wir Deutschen in den vergangenen Jahren genug hatten. Viel zu viel „Bad News", die nur für die Medien zu „Good News" werden. Die dauernden schlechten Nachrichten gehen nicht spurlos an uns vorüber. Die Stimmung im Land ist dunkeldüster, Warmduschern wird die Rote Karte gezeigt. Ihnen läuft beim Gedanken an selteneres Duschen ein eiskalter Schauer den Rücken herunter.

Probleme, über die unsere Vorfahren nur gelacht hätten. Auf Regen folgt wieder Sonnenschein. So wird es auch diesmal sein. Aus der schwersten Krise seit Ende des 2. Weltkriegs werden wir alle, Wirtschaft wie Privatleute, gestärkt hervorgehen. Vorausgesetzt, wir lernen daraus und ziehen die richtigen Schlüsse und verstehen, was man anders und besser machen kann.

Für die Wirtschaft bedeutet das: Man macht sich in Zukunft von niemandem mehr derart abhängig wie in der Vergangenheit etwa in Sachen Gas von Russland. Atemschutzmasken müssen nicht aus China kommen und dann um den halben Erdball nach Deutschland geschifft werden. Gleiches gilt für Halbleiter und weitere Bausteine, auf die unsere Wirtschaft nicht verzichten kann. Und was ist mit den ganzen Elektroartikeln aus den asiatischen Märkten, die in unsere Märkte gepumpt werden? Billig ja, aber ökologisch eine Katastrophe.

Eine Klimakatastrophe, auf die wir immer noch im Schneckentempo reagieren. Nicht nur die Wirtschaft, sondern wir als Bürger müssen endlich konsequent nachhaltig reagieren. Etwa durch den Kauf lokaler Produkte statt Import aus Südeuropa oder gar Übersee. Vielleicht doch auf das ein oder andere Stück Fleisch verzichten. Oder öfter den ÖPNV nutzen – dass dieser bei Weitem nicht optimal läuft, ist bekannt. Aber er hat auch seine Stärken – vor allem in der Ökobilanz. Da gilt es nach dem 9-Euro-Ticket ein preislich interessantes Paket zu schnüren.

Leider muss es immer erst zur Katastrophe kommen, damit der Mensch kapiert. Und damit sich daran eine nachhaltige positive Entwicklung für Deutschland anschließt. Eine alte keynesianische Weisheit des bekannten amerikanischen Wirtschaftsweisen besagt und belegt, dass es nach ganz schweren Zeiten zu einem enormen Aufschwung kommt. Wünschen wir uns das nicht nur für Deutschland, sondern für Köln, die schönste Stadt am Rhein. Es geht auf- und vorwärts. Bald. Bleiben Sie zuversichtlich.

Herzlichst

Eugen Weis, Herausgeber

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

HIGHLIGHTS DIESER AUSGABE

Illustration: Toywork, Animaflora PicsStock - stock.adobe.com

LEBEN MIT DEM KLIMAWANDEL

Zu wenig Tempo bei den Erneuerbaren

.....ab Seite 06

Foto: SZ-Designs - stock.adobe.com

DRITTES ENTLASTUNGSPAKET

65 Milliarden Euro und zahlreiche Maßnahmen

.....ab Seite 10

Foto: Greven Group

SOCIAL-COMMERCE IM HÖHENFLUG

Verändertes Kaufverhalten der Deutschen

.....ab Seite 16

IMPRESSUM

Verlag und Herausgeber:
Weis Wirtschaftsmedien GmbH
Eugen Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon 0221.4743924
info@diewirtschaft-koeln.de
www.diewirtschaft-koeln.de

Objekt- und Anzeigenleitung:
Alex Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon: 0221.4743924
anzeigen@diewirtschaft-koeln.de

Redaktionsleitung:
Matthias Ehlert (ViSdP)
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
redaktion@diewirtschaft-koeln.de

Redaktion:
Matthias Ehlert *(me)*, Heribert Eiden *(he)*, Monika Eiden *(mei)*, Christian Esser (ce), Jana Leckel (jl), Astrid Waligura *(aw)*, Eugen Weis *(ew)*

Jahrgang: 7, Heft 6/2022

Auflage: 17.000 Exemplare

Fotos: stock.adobe.com, Alex Weis, Envato, sowie Kunden und privat

Druck: Druckhaus DOC
Zeißstr. 23-27, 50171 Kerpen
Telefon: 02237.9757011

Gestaltung / Layout:
amannDESIGN
Humboldtstr. 60, 51379 Leverkusen
Telefon 02171.7053860
www.amanndesign.de

© Weis Wirtschaftsmedien GmbH 2022 - Nachdruck und Vervielfältigungen jeglicher Art, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT / oder beim Verlag bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Es gelten unsere AGBs. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Unser Verlag wird beraten und rechtlich vertreten durch: Rechtsanwälte Stiletto Wilhelm & Kollegen.

Foto: Alex Weis

HAUSHALT KÖLNS

Krisen führen zu Defizit

..... ab Seite 18

Foto: Jürgen Fälchle - stock.adobe.com

ARBEITSMARKT

Robust trotz Krisen

..... ab Seite 22

Foto: Alex Weis

ENERGIESPAREN

Köln macht das Licht aus

..... ab Seite 30

WEITERE THEMEN:

Tourismus in NRW ..... S. 13
Cyberangriffe ..... S. 21
So, Köln! ..... S. 28
Le Bistrot99 ..... S. 29
Wirtschaftshistorik ..... S. 31

... und vieles mehr ...

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

Hinweise: Es gilt die Anzeigenpreisliste aus November 2021. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt DIE WIRTSCHAFT keine Haftung. Für fehlerhafte oder unterbliebene Angaben übernehmen wir keine Gewähr.
Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Es gelten unsere AGBs.

Copyright/ Urheberrecht: Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung von Weis Wirtschaftsmedien GmbH.
Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Datenschutz/Disclaimer: Sie finden in unserer Print-Ausgabe an verschiedenen Stellen sogenannte QR-Codes. Diese ermöglichen Ihnen mit einer App für das Smartphone oder Tablet diese einzuscannen. Daraufhin werden Sie bequem direkt zu dem jeweiligen Online-Angebot weitergeleitet. Auf unserem Internetangebot finden Sie bspw. weiterführende Infos oder können direkt an Gewinnspielen teilnehmen. Dabei erheben wir Analysedaten für statistische Zwecke und zur Verbesserung unseres Angebots, die wir bspw. durch anonymisiertes Tracking erfassen. Es werden dabei keinerlei persönliche Daten erfasst oder an Dritte weitergegeben.
Weitere Informationen und die Möglichkeiten diese Datenerhebung zu unterbinden finden Sie online in unserer Datenschutzerklärung unter: www.diewirtschaft-koeln.de/datenschutzerklaerung
Zudem können Sie direkt auf Links klicken, die sich in unserer Ausgabe befinden (z.B. im E-Paper oder der PDF-Version). Der Verlag übernimmt dabei keine Haftung für etwaige Fehler oder Irrtümer und wir weisen daraufhin, dass allein die jeweiligen Seitenbetreiber für die Inhalte verantwortlich sind.

Stand August 2022

Bei **AMP**, **Local Based Services**, **Responsive-Design** oder **DSGVO** stehen Sie auf dem Schlauch?

KEIN PROBLEM!

SEARCH ENGINE OPTIMIZATION (SEO)

WEBSITE-BUILDING

SOCIAL MEDIA BETREUUNG

MARKETING

DSGVO-BERATUNG

E-COMMERCE

SEARCH ENGINE MARKETING (SEM)

MOBILE APPS

Ob lokaler Dienstleister, KMU, Start-up oder Großprojekt: Mit über 10 Jahren Erfahrung in der digitalen Welt, helfen wir auch Ihnen beim erfolgreichen Auf- oder Ausbau Ihrer Online-Präsenzen.

CityNEWS

CityNEWS Verlag
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Tel.: 0221 - 47 43 923
info@citynews-koeln.de

KLIMAKRISE AUF DEM VORMARSCH

Egal, wer den Krieg gewinnt – das Klima verliert

Es ist Sommer, es ist das Jahr 2032. Es ist heiß, superheiß. Man erinnert sich an einen Sommer vor exakt zehn Jahren und denkt sich, dass das doch damals ein angenehmer Sommer war. Immerhin wurden die damaligen Temperaturrekorde knapp verfehlt, nur selten ging das Thermometer an die 40-Grad-Marke heran. Es war zwar oft sehr warm und auch wieder viel zu trocken, aber eigentlich war es doch ganz okay.

Extremwetter wird es häufiger geben. Wochenlange Hitzeperioden, gefolgt von sintflutartigen Regenfällen. So wie es vor gut 14 Monaten der Fall war, als ebenjene Regenfälle eine Katastrophe herbeiführten. Ahr, Erft, Kyll und viele weitere meist so kleine, beschauliche Bäche und Flüsse bauten sich zu Flutwellen auf und überrollten alles und jeden. Etwa 140 Menschen starben infolge der Flut. Der finanzielle Schaden ist kaum zu bemessen gewesen. Der gesamte Wiederaufbau soll etwa 30 Milliarden Euro verschlingen und es wird noch Jahre dauern, bis alle Spuren beseitigt sind.

Das Bild in diesem Sommer ist hingegen ganz anders. Während im vergangenen Sommer Wassermassen die Eifelregion und das Rheinland heimsuchten, fehlt dem Rhein diesmal das Wasser. Je nachdem, auf welchen Ort man guckt, und je nachdem, wo der Pegel angebracht wurde, wurden sogar Minuswerte übermittelt. Zwar ist die Schifffahrt, weil die Fahrrinnen noch ausreichend Wasser führten, gesichert gewesen. Doch häufig ging es nur mit halber Ladung voran. Das Problem: Wir müssen uns wohl darauf einstellen, dass solche Extremwetterlagen immer häufiger auftreten werden. Der Einfluss, den der Mensch auf das Wetter hat, wird immer deutlicher. Experten und Wissenschaftler warnen mittlerweile seit Jahrzehnten vor dem Klimawandel. Der Planet Erde heizt sich immer weiter auf, während ohne Pause weiterhin Millionen Tonnen CO_2 und andere klimaschädliche Gase in die Atmosphäre geleitet werden. In den Alpen schmelzen Gletscher in Rekordzeit. In den USA kamen Dinosaurierspuren in einem Flussbett zum Vorschein, die über zig Millionen Jahre niemand vorher je zu Gesicht bekommen hatte. Und während die Bewohner dieses Planeten eigentlich alles unternehmen müssten, um den Klimawandel noch irgendwie abzumildern oder gar aufzuhalten, führen sie Krieg gegeneinander. Und dieser Krieg, der nun seit über 200 Tagen in der Ukraine wütet, tut niemandem gut – auch nicht dem Klima. Während die Ukrainer mit allen Mitteln versuchen, ihr Land zu verteidigen, steuert die Bundesrepublik direkt in eine Energiekrise hinein.

Ein Rohstoff, der die Welt regiert

Es war das Jahr 1859, als der zunächst für seine Bohrungen belächelte Edwin Drake in Pennsylvania auf Öl stieß. Unmittelbar danach begann der Siegeszug dieses schwarzen schmierigen Stoffs, der aber voller Energie steckt. Von Klimawandel, Treibhausgasfreisetzung und Kippelementen im Erdklimasystem wusste damals noch niemand. Einen Vorwurf kann man dem Entdecker also nicht machen. Doch spätestens seit den 1970er-Jahren wurde das Problem, das mit dem exzessiven Einsatz fossiler Energieträger einhergeht, deutlich – es zerstört den Planeten oder macht ihn zumindest an vielen Orten unbewohnbar. Noch vor dem Öl wurde zunehmend Kohle gefördert. Weltweit wurden Eisenbahnen damit betrieben, noch bevor das Automobil sich gegen die Pferdekutsche durchsetzen konnte. Die großen und schon damals reichen Länder waren schnell auf der Suche nach billigem Öl und fanden es vor allem in der Golfregion, also Saudi-Arabien, Kuwait, Irak oder Iran. Und auch die deutsche Wirtschaft profitierte über einen sehr langen Zeitraum von günstigen fossilen Energieträgern. Ohne billiges Öl hätte es wohl kein Wirtschaftswunder in der Nachkriegszeit gegeben. Und auch in der Folge bauten die großen Industrieländer darauf, dass Energie möglichst billig ist, um die Wirtschaft gut anzukurbeln.

Der Krieg in der Ukraine hat diese Zeit der billigen Rohstoffe beendet. Denn insbesondere der Staat, von dem wir uns so abhängig gemacht haben in den vergangenen Jahren und der Öl, Kohle und Gas zum günstigen Preis nach Deutschland und in die EU lieferte, ist nun zu einem Staat geworden, von dem wir nichts mehr haben wollen. Energie wurde schlagartig teurer, nachdem schon zuvor die Energiepreise zum Herbst und Winter 2021 deutlich zulegten. Doch ohne Energie funktioniert es nicht. Händeringend werden neue Anbieterstaaten gesucht, gleichzeitig wird die heimische Energieproduktion mit Kohle wieder hochgefahren. Doch ist der Transport der Kohle, der häufig mit dem Schiff erledigt wird, problematisch, denn dem Rhein fehlt das Wasser. Kohletransporte auf der Schiene sind die Alternative und diese erhalten nun auch Vorfahrt. „Wir wollen uns so schnell wie möglich aus der Klammer der russischen Energieimporte

Illustration: Toywork, Animaflora PicsStock - stock.adobe.com

Foto: alfotokuns - Stock.adobe.com

Die Folgen der Dürreperiode wurden auch in Köln deutlich

befreien. Vorübergehend heißt das, dass wir russisches Gas im Stromsektor auch durch Kraftwerkskohle und Mineralöl ersetzen müssen. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, müssen wir dafür auch die Lieferwege umstellen. Das verlangt eine sehr anspruchsvolle Logistik, die es notwendig macht, Energietransporte auf der Schiene zu priorisieren“, erklärt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. „Die Versorgung der Kraftwerke abzusichern und so die Energieversorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, ist eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe. Denn die Binnenschifffahrt kann bedingt durch das Niedrigwasser nur reduzierte Lasten transportieren und die wichtigen Bahntrassen sind auch ohne zusätzliche Energietransporte teilweise bereits über-, zumindest aber stark ausgelastet. Wir müssen deshalb überlegt und in sorgfältiger Abwägung Transporte priorisieren. Das ist keine leichte Entscheidung, weil es im Zweifel bedeutet, dass in diesen Fällen andere Züge warten müssen. Umso wichtiger ist es, bereits heute klare Regeln zu schaffen, bevor der Energiebedarf und damit die Nachfrage nach Energietransporten in Herbst und Winter steigt“, fügt Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr, hinzu.

Wo bleibt die Energiewende?

Während nun die Kohletransporte aufgrund der klimatischen Bedingungen den Transportweg wechseln müssen, fragt man sich, was eigentlich aus der Energiewende werden soll. Wo sind die Fotovoltaikanlagen? Was ist mit Windrädern? Wieso läuft es nicht rund mit der Produktion von grünem Wasserstoff? Wäre die Energiewende nicht die Lösung, um sich wirklich von all dem Gas, der Kohle und dem Öl zu lösen, die Staaten anliefern, mit denen wir eigentlich aufgrund von Menschenrechtsfragen oder gar kriegerischen Handlungen keine Geschäfte machen wollen bzw. sollten? Die Politik in Berlin bietet derzeit nur wenige Antworten. Die aktuelle Krise treibt selbst Grünenpolitiker zu unpopulären und in jedem Fall klimakillenden Entscheidungen.

Von der Energiewende, unzähligen Windrädern und Fotovoltaikanlagen hörte man zuletzt nur noch selten und wenn, dann in dem Zusammenhang, dass sowohl Material fehlt als auch nicht genügend Fachkräfte vorhanden sind, um das Material, vor allem die Anlagen für den Strom aus Sonnenenergie, auch zu installieren. Das ist besonders schade, denn es gibt genug Dächer, die frei sind und denen eine Fotovoltaikanlage stehen würde, und das bezieht sich nicht nur auf große Dächer von Fabriken und Lagerhallen, sondern auch von privaten Wohngebäuden. Kirchen könnten mit solchen Energiefängern für Sonnenenergie ihr ramponiertes Image möglicherweise aufbessern. Denn ein Großteil der Gebäude wurde entsprechend der Ostung gebaut, heißt, sie sind in Richtung der aufgehenden Sonne ausgerichtet.

Doch die Menschen müssen nicht darauf warten, dass die Politik handelt, sie können auch selbst aktiv werden, ausreichend Beispiele insbesondere von kleineren Ortschaften gibt es. Dort haben sich Bürger formiert, Energiegenossenschaften gegründet und werden in der aktuellen Situation wohl auch mit steigenden Energiekosten konfrontiert, aber nicht in dem Maße, wie es dem Rest der Bevölkerung ergeht. Stattdessen können die Menschen ordentliche Renditen auf ihre Anlagen erzielen. Weltweit bekannt als Energiedorf ist so bspw. Wildpoldsried in Bayern. Ein Blick nach Südamerika zeigt, dass es dort auch national gelingen kann, sauberen Strom zu produzieren. Uruguay ist ein wahrer Champion der Windenergie. Bauern profitieren von Provisionen, die sie erhalten, wenn Energieversorger ihre Windräder auf ihrem Grund und Boden errichten dürfen. Das kleine Land kann etwa 97 Prozent seines Energiebedarfs aus erneuerbarer Energie nutzen, im weltweiten Ranking belegt das Land den zweiten Platz hinter Dänemark. Nachteil für die Bürger Uruguays – die Energie ist teuer, sehr teuer. Schnell ändern wird sich nicht. Dafür besteht keine Abhängigkeit von anderen Staaten und deren Energieimporten. Womöglich ein Beispiel, das Schule machen könnte?

Christian Esser

Foto: pizzicati - stock.adobe.com

Niedrigwasser auf dem Rhein stört die Binnenschifffahrt

KOSTENFAKTOR EXTREMWETTER

80 Milliarden Euro Schäden für Deutschland

Foto: Luftbildfotograf - stock.adobe.com

Extremwetterereignisse wie Überschwemmung nach Starkregen sorgen für Milliardenschäden

Wenn es um das Thema Energiewende geht und darum, was dazu nötig ist, kursieren gigantische Geldbeträge, die aufgewendet werden müssen. Was kostet es, grüne Energie zu produzieren, und was kostet uns bereits jetzt der Klimawandel?

Die Wirtschaft fragt, was es kostet, die Bürger fragen, was es kostet. Der Preis für saubere Energie ist groß. Bereits im Januar 2020 berichtete die Europäische Kommission, dass der Investitionsplan für ein nachhaltiges und klimaneutrales Europa in den kommenden Jahren öffentliche und private Investitionen von mindestens einer Billion Euro vorsieht. Der Green Deal soll mit dieser Summe umgesetzt werden. Um diese Summe einzuordnen: Dies entspricht etwa den Ausgaben, den die Bundesrepublik für das Jahr 2022 plant, und das wird dann noch mal verdoppelt. Doch neben der Frage, was es kostet, um Deutschland und die EU klimaneutral zu machen, stellt sich gleichzeitig ebenjene Frage, was uns die Schäden kosten, die wir hierzulande begleichen müssen und mussten, weil extreme Wetterbedingungen Hitze, Dürren, Überflutungen angerichtet haben. Eine Studie hat für Deutschland die Schäden und Kosten durch die Folgen der Klimakrise ermittelt. Die Prognos-Studie, die das Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium in Auftrag gegeben hat und die das Bundesumweltministerium zur Weiterentwicklung der deutschen Anpassungsstrategie aufgreifen möchte, beziffert die Schäden durch Extremwetterereignisse, verursacht durch die Klimakrise, auf über 80 Milliarden Euro. Neben den direkt anfallenden Schäden an Gebäuden und Infrastruktur sowie Ertragsverlusten für Forst- und Landwirtschaft werden auch indirekte Schäden erfasst, zum Beispiel eine verringerte Arbeitsproduktivität.

Enorme Schäden für Deutschland

„Die Klimakrise verursacht inzwischen auch bei uns in Deutschland enorme Schäden und Kosten. Das zeigen uns die erschreckenden Daten der Wissenschaft überdeutlich. Die Zahlen sind ein Alarmsignal für mehr Krisenvorsorge. Wir müssen und wir werden jetzt mehr in Klimaschutz und Klimaanpassung investieren, um unsere Bevölkerung besser zu schützen. Mit dem Sofortprogramm Klimaanpassung und dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz verbessert die Bundesregierung die Vorsorge gegen Klimarisiken erheblich. Doch kann beides nur der Anfang sein. Derzeit erarbeiten wir eine neue vorsorgende Klimaanpassungsstrategie und eine Nationale Wasserstrategie. Mithilfe der Forschung will ich außerdem eine systematische Erfassung aller Schäden und Kosten für ganz Deutschland aufbauen. Entscheider in Bund, Ländern und Kommunen müssen wissen, wer am meisten unter den Folgen der Klimakrise leidet und was Schäden und Vorsorgemaßnahmen wirklich kosten“, sagt Bundesumweltministerin Steffi Lemke. Bundesklimaschutzminister Robert Habeck erläutert: „Die aktuellen Dürren in Südeuropa, die verheerenden Überschwemmungen in Australien oder Madagaskar und nicht zuletzt die Flut im Ahrtal zeigen deutlich: Die Klimakrise spitzt sich weltweit zu. Wir stehen jetzt vor zwei entscheidenden Aufgaben: Erstens, wir müssen die Folgen der Klimakrise weltweit auf einem erträglichen Niveau halten. Das geht nur mit deutlich mehr Klimaschutz. Deshalb haben wir gerade das größte Beschleunigungspaket für den Ausbau von Wind- und Sonnenkraft verabschiedet, um den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt fast zu verdoppeln. Und wir werden und müssen unsere Anstrengungen zu umfassendem Klimaschutz in allen Sektoren verstärken. Zweitens brauchen wir eine verlässliche Klimaanpassungsstrategie, die unsere Bevölkerung, unsere Infrastruktur und unsere Wirtschaft vor Hitze, Hochwasser und starken Wetterschwankungen schützt. Dazu gehört auch eine verlässliche Kosten- und Schadensanalyse, um weitere Investitionen in Anpassungsmaßnahmen entsprechend begründen und vorantreiben zu können. Die [...] Studie bietet dafür die nötige Grundlage.“

Das Projekt „Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland“, das das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in Auftrag gegeben hat, zeigt, dass seit 2000 in Deutschland durchschnittlich 6,6 Milliarden Euro an Schäden pro Jahr infolge extremer Wetterereignisse entstanden sind. Besonders groß sind die Schäden der heißen und trockenen Sommer 2018 und 2019 sowie die Folgen der Flutkatastrophe an Ahr und Erft im vergangenen Jahr gewesen. Allein diese drei Ereignisse haben laut Studie Schadenskosten in Höhe von rund 80,5 Milliarden Euro verursacht. Für die Jahre 2018 und 2019 werden die Schäden durch Hitze und Dürre auf etwa 35 Milliarden Euro beziffert. Die Folgekosten der Flutkatastrophe des vergangenen Jahres

Foto: Mikhailov Studio - stock.adobe.com

Landwirtschaftsbetriebe leiden unter der Dürre. Geringe Ernten sind die Folge.

werden auf mehr als 40 Milliarden Euro geschätzt. Hinzu kommen weitere Schäden in Höhe von etwa fünf Milliarden Euro, die durch vereinzelte Sturm- oder Hagelereignisse entstanden sind.

Studie erfasst nicht alle Schäden

Aufgrund fehlender Langzeitdaten können für manche Stürme und Hagelereignisse noch keine eindeutigen Aussagen zur Veränderung von Intensität oder Häufigkeit durch den Klimawandel getroffen werden. Zudem weisen die Autoren der Studie darauf hin, dass der ermittelte Gesamtschaden durch Unwetterereignisse eine Untergrenze darstellt. Die tatsächlichen Kosten liegen aufgrund bisher nicht in die Studie eingeflossener Schadensereignisse und der nicht zu beziffernden Auswirkungen, wie bspw. gesundheitliche Probleme oder Folgen für biologische Vielfalt, nochmals deutlich höher, als es die veröffentlichten Werte aussagen. Beide beteiligten Ministerien sehen einen weiteren Forschungsbedarf in diesem Zusammenhang.

Die Prognos-Studie zeigt zudem auf, wie sich die Schadenskosten auf unterschiedliche Handlungsfelder ausgewirkt haben. Besonders stark waren 2018 und 2019 die Forst- und Landwirtschaft betroffen. Hier entstand ein Schaden von etwa 25,6 Milliarden Euro, weitere neun Milliarden Euro an Schaden trafen Industrie- und Gewerbebetriebe, da aufgrund der Hitze die Produktivität ihrer Mitarbeiter sank. Private Haushalte waren besonders schwer von den Überschwemmungen im vergangenen Jahr betroffen. Die Studie ermittelt für NRW und Rheinland-Pfalz und deren Bewohner Schäden in Höhe von etwa 14 Milliarden Euro. Im Bauwesen entstand ein Schaden von 6,9 Milliarden Euro, an der Verkehrsinfrastruktur belaufen sich die Summen auf 6,8 Milliarden Euro. Auch der Industrie und dem Gewerbe entstand mit fünf Milliarden Euro ein großer Schaden.

Besorgniserregender Ausblick

Mit Blick auf diese Zahlen und auf das, was Experten aus der Wissenschaft für die weitere Entwicklung des Klimas vorhersagen, wird es wohl in den kommenden Jahren weiterhin zu Schäden in Milliardenhöhe kommen, die durch Extremwetterverhältnisse hervorgerufen werden. Der nun langsam endende Sommer wird mutmaßlich aufgrund der Dürre wieder hohe Schadenssummen erzeugen, da fehlendes Wasser für Ernteausfälle sorgen und den Wäldern weiter schaden wird. Dazu genügt ein Blick auf die Niederschlagsmengen, die in den vergangenen Wochen ermittelt wurden. Juli und August waren deutlich zu trocken. Nur selten kam es zu Niederschlägen. An der Messstation am Flughafen Köln-Bonn kamen keine 14 Liter Niederschlag pro Quadratmeter zusammen. Normalerweise hätte es etwa sechsmal mehr Niederschlag in der Region geben müssen. Weil dieser aber nicht zustande kam, sah man in Köln an vielen Abenden Anwohner mit großen Gießkannen, die die Bäume entlang der Straßen wässerten.

Den zahlreichen Prognosen und Modellen von Wissenschaftlern und anderen Experten stehen aber immer wieder Klimawandelleugner gegenüber. Von ihnen hört man oft Argumente wie dass es früher auch schon warm war und das Thermometer auch da schon mal an der 40-Grad-Marke kratzte. Falsch ist das nicht – der Unterschied zwischen Wetter und Klima ist aber groß. Wetter ist ein eintägiges Ereignis. Doch die Modelle hinsichtlich der Entwicklung des täglichen Wetters, also das Klima, zeigt klare Signale. Es wird immer wärmer und in vielen Teilen dadurch auch immer trockener. Gleichzeitig wird durch wärmeres Wetter die Verdunstung begünstigt, die dann als Regen und dann immer häufiger als Starkregen wieder niederprasselt.

Und es gibt auch die Argumente, die besagen, dass es doch nichts hilft, wenn wir klimaneutral werden, während China und andere Staaten weiter munter neue Kohleabbaugebiete erschließen und die Luft mit Treibhausgasen zunehmend belasten. Auch das ist ein Argument, das angehört werden muss. Doch muss es doch niemanden davon abhalten, eine Vorbildstellung einzunehmen und zu zeigen, dass es eben auch anders und grüner geht. Oder?

Christian Esser

Foto: ahmet - stock.adobe.com

Sauberer Strom aus Sonnenenergie - der Ausbau läuft, allerdings viel zu langsam

WEITERES RETTUNGSPAKET

65 Milliarden Euro, um die Krise abzumildern

Foto: SZ-Designs - stock.adobe.com

Rentner und Studierende erhalten nun auch eine Energiepreispauschale

Die Regierungskoalition hat ein drittes Paket mit Entlastungen beschlossen. Zahlreiche Maßnahmen sind darin enthalten, um die Bürger zu entlasten. Mit diesem Paket werde man „als Land durch diese schwierige Zeit kommen", sagte Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Vorstellung. Nicht jeder sieht das so.

Was nun kommen soll

Die Regierungskoalition hat sich auf eine „Strompreisbremse" geeinigt, die für den Basisverbrauch gelten soll. Bürger sollen so vor weiteren, großen Preissteigerungen bewahrt werden. Wer mehr als den Basisverbrauch benötigt, muss dann draufzahlen. Für Rentner gibt es zum 1. Dezember 2022 eine Energiepauschale in Höhe von 300 Euro von der Rentenversicherung. Bei dem vorherigen Entlastungspaket des Bundes war laute Kritik aufgekommen, da im Vergleich zu Arbeitnehmern Rentner keine Energiepauschale erhalten sollten. Dies wird nun nachgeholt. Fachschüler und Studenten, die ebenfalls im vorherigen Entlastungspaket keine Ansprüche auf die Energiepauschale erheben konnten, werden nun ebenfalls unterstützt. Hier liegt der Betrag der Einmalzahlung allerdings nur bei 200 Euro. Zum 1. Januar 2023 wird das Kindergeld für die ersten drei Kinder einer Familie um 18 Euro monatlich angehoben und wird dann 237 Euro betragen. Zudem wird der Kinderzuschlag zum 1. Januar 2023 auf 250 Euro im Monat angehoben.

Während der Coronapandemie wurde eine befristete Homeoffice-Pauschale eingeführt. Diese wird nun im neuen Entlastungspaket entfristet. Für jeden Arbeitstag ist nun ein Werbungskostenabzug bei der Einkommenssteuer von fünf Euro, höchstens 600 Euro jährlich, möglich. Eine weitere Entlastung soll es bei den Sozialversicherungsbeiträgen geben. Zum 1. Januar 2023 wird die Höchstgrenze für eine Beschäftigung im Übergangsbereich (Midi-Job) ab monatlich 2.000 Euro angehoben. Zum 1. Oktober 2022 steigt der Betrag bereits von 1.300 auf 1.600 Euro. Zudem werden die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld, die am 30. September 2022 auslaufen werden, weiter verlängert werden.

Neues ÖPNV-Ticket soll kommen

Mit einer Änderung des Tarifverlaufs will die Bundesregierung die inflationsgetriebene kalte Progression abbauen. Die genauen Werte der Anpassung sollen im Rahmen des Progressions- und Existenzminimumberichts angepasst werden. Eine große Reform soll es beim Wohngeld geben. Der Kreis der Erwerbsberechtigten soll auf etwa zwei Millionen Bürger erweitert werden. Das Wohngeld soll künftig auch eine dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente enthalten. Kurzfristig wird zudem von September bis Dezember 2022 einmalig ein weiterer Heizkostenzuschuss an Wohngeldbezieher gezahlt. Ein 1-Personen-Haushalt erhält 415 Euro, zwei Personen 540 und für jede weitere Person in einem Haushalt gibt es zusätzlich 100 Euro. Im Zuge der Einführung einer Gasumlage von Oktober 2022 bis ins Jahr 2024 hinein wird der Mehrwertsteuersatz auf Gas von 19 auf sieben Prozent gesenkt. Entlastungen soll es auch bei der Bepreisung von CO_2 geben. Die geplante Erhöhung des CO_2-Preises um fünf Euro pro Tonne soll um ein Jahr auf den 1. Januar 2024 verschoben werden. Die bereits geplanten Folgeschritte und Erhöhungen sollen entsprechend um je ein Jahr nach hinten verschoben werden. Eine weitere steuerrechtliche Änderung soll es bei Rentenbeiträgen geben. Steuerzahler sollen ab 2023 ihre Rentenbeiträge als Sonderausgaben voll absetzen können. Diese Regelung wird damit wohl zwei Jahre früher als ursprünglich geplant umgesetzt werden. Renten werden somit erst in der Auszahlungsphase im Alter besteuert. Hartz IV soll abgeschafft und durch ein neues Bürgergeld ersetzt werden. Empfangsberechtigte sollen ab dem Jahreswechsel etwa 500 Euro monatlich erhalten. Damit liegt der Betrag deutlich höher als der bisherige Hartz-IV-Regelsatz (449 Euro monatlich). Nach dem großen Erfolg rund um das 9-Euro-Ticket will die Koalition nun eine Nachfolgeregelung auf den Weg bringen. Der genaue Preis ist noch nicht bekannt, der Betrag soll sich aber in einer Spanne zwischen 49 und 69 Euro monatlich bewegen. Den Ländern will der Bund jährlich etwa 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um das neue, bundesweit geltende Nahverkehrsticket umzusetzen. Nach den Plänen der Bundesregierung soll es neben der Absenkung der Mehrwertsteuer auf Gas auch eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gas-

Foto: gradt - stock.adobe.com

Für das beliebte 9-Euro-Ticket wird es einen Nachfolger geben

tronomie geben. Diese soll ebenfalls von 19 auf sieben Prozent reduziert werden.

Kritik von Verbänden und Opposition

Während mit dem Entlastungspaket vor allem die Bürger entlastet werden sollen, vermissen viele Akteure der Wirtschaft entsprechende Hilfen für Betriebe. Der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer, Peter Adrian, sieht immer mehr Unternehmen, die um ihr Überleben kämpfen und gerade jetzt dringend Hilfe bräuchten: „Das Entlastungspaket enthält vor allem Elemente, die den Energiepreisschock insbesondere bei den privaten Haushalten abmildern können“, sagte Adrian. „Das ist sicher auch gesamtwirtschaftlich richtig. Die Ausführungen zu den unternehmensbezogenen Maßnahmen bleiben hingegen weitgehend unkonkret – und sind daher nicht der angekündigte ‚wuchtige‘ Wurf." Bei den angekündigten Hilfen für Unternehmen identifiziert Adrian „zwei große Leerstellen“. „Größere Energieverbraucher jenseits der Industrie fallen durch den Rost. Dabei gibt es gerade bei verbrauchernahen Dienstleistungen wie Hotels oder Gaststätten, aber auch im Handel eine enorm große Zahl betroffener Betriebe“, so Adrian. Um Unternehmen darüber hinaus dauerhaft zu entlasten, bräuchte es zudem einen radikalen Abbau von Bürokratie. „Wir haben es inzwischen gemeinsam mit enormen gesamtwirtschaftlichen Störungen zu tun. Deshalb fehlt mir auch das Bekenntnis, die Wirtschaft in dieser Situation radikal von Bürokratie zu entlasten. Von Tag zu Tag stecken mehr Betriebe in einem Überlebenskampf. Wir müssen alles dafür tun, dass sie das überstehen können. Dazu gehören auch mehr Anstrengungen, das Angebot zu verbessern – nicht nur von Energie, sondern auch von anderen knappen Gütern. Denn viele unserer aktuellen Probleme sind im nächsten Frühjahr nicht automatisch gelöst – im Gegenteil.“

Christian Esser

AUSBAU DER ERNEUERBAREN

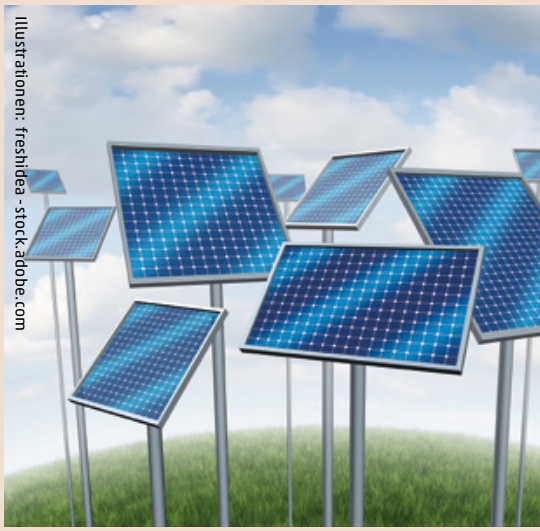
NRW beschließt Eckpunkte für mehr saubere Energie

Die Landesregierung in NRW will den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorantreiben. Das Kabinett hat sich daher auf Eckpunkte für eine notwendige Änderung des Landesentwicklungsplans verständigt. Die 1.500-Meter-Abstandsvorgabe wird künftig aufgehoben. Ziel ist es, zwei Prozent der Fläche in NRW für Windenergie zur Verfügung zu stellen.

„Die aktuelle Lage zeigt deutlich: Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern treibt die Preise für Strom und Wärme in nie da gewesene Höhen. Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien ist dabei nicht nur mit Blick auf den Klimaschutz zwingend notwendig, sondern auch sicherheitspolitisch relevant und ökonomisch klug. Denn: Erneuerbare sind Preisdämpfer und das Fundament für die klimaneutrale Wertschöpfung von morgen. Mit den Eckpunkten für eine Änderung des Landesentwicklungsplans gehen wir nun den ersten Schritt für eine verantwortungsvolle Bereitstellung von Flächen. Mir ist es wichtig, die Menschen dabei mitzunehmen und die Regionen beim Ausbau der erneuerbaren Energien bestmöglich zu unterstützen. Wenn es uns gelingt, die Energiewende auf allen Ebenen voranzutreiben, dann werden wir uns in immer schnelleren Schritten von Abhängigkeiten lösen und neue Freiheiten gewinnen“, so NRWs Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur.

Der Landesentwicklungsplan soll an einigen Stellen angepasst werden. Über das Wind-an-Land-Gesetz sollen ausreichende Flächen für die Windenergie in den Regionalplänen geschaffen werden. Windenergie soll künftig auch auf geeigneten Waldflächen gewonnen werden. Gewerbeflächen sollen klug für erneuerbare Energien genutzt werden. Auch die Flächenkulisse für Freiflächen-Fotovoltaikanlagen soll maßvoll erweitert werden. Die Landesregierung will weitere Maßnahmen ergreifen. Zunächst soll aber ein konkreter Änderungsentwurf des Landesentwicklungsplans erarbeitet werden. Im Frühjahr 2023 ist eine Beteiligung der Bürger NRWs geplant. Im ersten Halbjahr 2024 soll dann die Änderung des Landesentwicklungsplans von der Landesregierung beschlossen und in den Landtag eingebracht werden.

Christian Esser


Illustrationen: freshidea - stock.adobe.com

SMARTCITY COLOGNE

Konferenz gibt Impulse für die Stadt

Foto: RheinEnergie

Oberbürgermeisterin Henriette Reker begrüßt die Konferenzgäste

Unter dem Motto „Klimaneutral und digital" fand die diesjährige SmartCity-Cologne-Konferenz statt. Mehr als 300 Besucher waren der Einladung in die Hauptverwaltung der RheinEnergie gefolgt. Dort wurden die Gäste von Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Andreas Feicht, Vorstandsvorsitzender der RheinEnergie AG, begrüßt.

Die Digitalisierung und der Klimawandel sind zwei große Herausforderungen, denen sich die Stadt Köln und ihre Bürger gegenübersehen. Nach zwei Jahren, in denen die SmartCity-Cologne-Konferenz aufgrund der Pandemie nicht in Präsenz stattfinden konnte, kamen nun wieder zahlreiche Akteure aus Unternehmen, Verbänden, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen, um Lösungen für wichtige Zukunftsfragen zu diskutieren. Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die die SmartCity-Cologne-Konferenz eröffnete, nutzte die Gelegenheit und richtete einen Appell an die Gäste und alle Kölnerinnen und Kölner: „Die beiden Megathemen Klimaschutz und Digitalisierung gehen bei der Stadt Köln Hand in Hand. Wir setzen die digitale Daseinsvorsorge in Zusammenarbeit mit dem Stadtwerkekonzern nachhaltig um. Aber wir brauchen alle Kölnerinnen und Kölner, um dem deutlich spürbaren Klimawandel entgegenzuwirken. Nur gemeinsam können wir das gesetzte Ziel ‚Klimaneutrales Köln 2035' umsetzen und ich danke allen, die schon jetzt tatkräftig daran arbeiten."
Andreas Feicht, Vorstandsvorsitzender der RheinEnergie, ergänzte bei seiner Eröffnungsrede: „Die Digitalisierung unserer Energiesysteme ist wesentlich für das Gelingen der Energiewende. Die Erzeugung wird mit Zunahme der erneuerbaren Energien immer dezentraler. Konsumenten werden zu Produzenten, zu Prosumern. Um die Lastflüsse in diesem ‚Internet of Things' der Energie jederzeit optimal steuern zu können, benötigen wir intelligente digitale Lösungen – auch im Hinblick auf neue Produkte und Angebote. Daran arbeiten wir als Branche. Und dafür brauchen wir Ideen, Innovationen und Impulse, wie sie von der SmartCity-Konferenz ausgehen."
Nach den Worten der Oberbürgermeisterin und des Vorstandsvorsitzenden der RheinEnergie hielt Prof. Dr. Wolfgang Ketter von der Universität Köln eine Keynote rund um das Thema Verkehrswende und wagte einen Blick in die Zukunft, indem er die Mobilität einer Familie aus dem aktuellen Jahr 2022 mit der des Jahres 2035 gegenüberstellte. Im Anschluss konnten die Besucher in fünf Themensessions Informationen zu unterschiedlichen Themengebieten erhalten und selbst eigene Ideen einbringen. So wurden aktuelle SmartCity-Projekte vorgestellt, so wie das neue Stadtlabor „un:box Cologne", das Dirk Blauhut (Stadt Köln) vorstellte. „un:box Cologne" wird vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen gefördert und legt einen besonderen Fokus auf die Teilhabe der Stadtgesellschaft im Zusammenhang mit der Planung und Umsetzung des digitalen Transformationsprozesses. Diese wie auch die weiteren Ideen aus den fünf Themensessions wurden im Anschluss erläutert und diskutiert.
Darüber hinaus fand zum zweiten Mal nach 2021 in Kooperation mit KölnBusiness der Kölner Startup-Pitch „KlimaStar 2022" statt. Fünf Startups konnten dabei ihre Ideen und Visionen den etwa 300 Gästen präsentieren. Besonders überzeugt waren die Gäste vom Kölner Startup „Planted". Das junge Unternehmen pflanzt in ganz Deutschland Mischwälder und unterstützt andere Unternehmen dabei, ihre CO_2-Emissionen auszugleichen. Der mit 1.000 Euro dotierte Preis wurde von William Wolfgramm, Beigeordneter für Umwelt, Klima und Liegenschaften der Stadt Köln, überreicht. „Die lebendige Startup-Szene unserer Stadt hat vielversprechende Lösungen präsentiert. In allen Beiträgen wurde deutlich, dass Digitalisierung ein Schlüsselfaktor ist, um den Umgang mit Energie und Ressourcen effizienter zu gestalten", so Wolfgramm bei der Preisrede. „Die Bandbreite der Themen und das große Engagement der Kölner Gründerinnen und Gründer zeigen die innovative Vielfalt, die einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität leistet."

Christian Esser

Foto: RheinEnergie

In Themensessions erhielten die Teilnehmer Einblicke in Fachthemen der Digitalisierung

TOURISMUS DER ZUKUNFT

Studie zeigt Perspektiven der Branche

Ein beliebtes Ausflugsziel auch im Herbst, die Bevertalsperre in Hückeswagen

Für NRW ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Branche hat in den vergangenen beiden Jahren große Schwierigkeiten gehabt, die Folgen wie Betriebsschließungen und fehlende Kundschaft belasten die Unternehmen weiterhin. Daneben reiht sich der Klimawandel in die Liste der zahlreichen Herausforderungen ein, die es beim Transformationsprozess hin zu einem nachhaltigen Tourismus zu bewältigen gilt.

Das Gutachten „Tourismus und Klimawandel in Nordrhein-Westfalen – Optionen und Perspektiven“ gibt Antworten auf Fragen, wie sich Hotels und Gaststätten fit für die Zukunft machen können, wie Digitalisierung dabei unterstützend helfen kann und wie im Allgemeinen die touristische Infrastruktur angepasst werden muss. Den Tourismusverantwortlichen werden konkrete Maßnahmen vorgestellt, die nachhaltig wirken und zugleich positive ökonomische Effekte mit sich bringen sollen. „Wir möchten Nordrhein-Westfalen in allen Dimensionen nachhaltig aufstellen: ökonomisch, sozial und umweltgerecht. Die Anpassung touristischer Produkte und Dienstleistungen und größere Anstrengungen in Richtung Klimaschutz sind zentrale Aufgaben. Mit der Studie wollen wir neue Impulse für die notwendige Weiterentwicklung des Tourismus setzen und dabei auch das steigende Umweltbewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher berücksichtigen. Wir unterstützen die touristischen Akteurinnen und Akteure bei der Umsetzung der notwendigen Transformation in Richtung nachhaltigen Tourismus, die nicht nur das Klima schützen, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit der Branche stärken und die Wertschöpfung erhöhen wird“, sagt Mona Neubaur, NRWs Wirtschafts- und Klimaschutzministerin.

Zentrale Ergebnisse

Das Gutachten „Tourismus und Klimawandel in Nordrhein-Westfalen – Optionen und Perspektiven“ beinhaltet fünf zentrale Erkenntnisse. Klar ist demnach, dass der Klimawandel die Rahmenbedingungen für den Tourismus verändert. Touristische Ziele werden aufgrund von steigenden Durchschnittstemperaturen, zunehmender Trockenheit und häufigeren Extremwetterereignissen vor neue Herausforderungen gestellt. Ein weiteres Ergebnis ist, dass auch der Tourismus seinen Beitrag zum Schutz des Klimas leisten kann und muss. Die Studie hat ebenfalls herausgestellt, dass die touristische Nachfrage in NRW sehr heterogen ist. Im Bereich Messe- und Kulturthemen liegen bei Besuchern vor allem die Rheinschiene sowie das Ruhrgebiet im Fokus. Für diese beiden Regionen werden aber nur geringe direkte und indirekte Auswirkungen des Klimawandels erwartet. Das Feld des Outdoor-Tourismus ist von den Auswirkungen des Klimawandels deutlich stärker betroffen. Vor allem in den Mittelgebirgen, im Bergischen, im Münsterland und auch am Niederrhein werden die Folgen spürbar sein. Betroffen ist auch der Wintersport, der sich auf kleine Teile des Mittelgebirgsraums konzentriert. Ziel müsse es sein, die Resilienz und Zukunftsfähigkeit der Tourismusbranche durch Maßnahmen im Bereich der Klimaanpassung und des Klimaschutzes weiterhin zu erhalten und auszubauen. Dazu braucht es Maßnahmen in den Bereichen: Infrastruktur, Betriebe, touristisches Angebot sowie Kommunikation. Im Bereich der Infrastruktur gilt es, die städtische Klimaresilienz und die Aufenthaltsqualität zu steigern, Wege klimaangepasst auszugestalten, nachhaltige Mobilitätsangebote zu verbessern und auszubauen sowie an den zukunftsfähigen Standorten das wassertouristische Angebot auszubauen. Das Gastgewerbe sollte sich Outdoor-Themen öffnen und qualitative Angebote entwickeln und ausbauen. Zudem müsse ein Nachhaltigkeitsmanagement in den Betrieben für klimafreundliches Gebäude-/Energiemanagement etabliert und erweitert werden.

Christian Esser

TÜV SÜD
AES EN 50518
midas
LEITSTELLE
melden · informieren · dokumentieren · alarmieren · steuern
ALARMAUFSCHALTUNG
VIDEOÜBERWACHUNG
AUFZUGNOTRUF
INDIVIDUELLE LÖSUNGEN
emil weber GmbH & Co. KG · Kornmarkt 14 – 16 · 57072 Siegen
Tel.: 0271 400300 · E-Mail: info@midas-leitstelle.de
www.midas-leitstelle.de

PERSONALAKTE XY … UNGELÖST

Durch alle Branchen und Unternehmensgrößen zieht sich der Fachkräftemangel wie ein roter Faden

Foto: Wolfilser - stock.adobe.com

Momentan haben Arbeitsuchende gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Ob Servicekraft in der Gastronomie, Geselle als Fliesenleger oder oben auf der Managerleiter: Es fehlt überall an Fachkräften. Die momentane Situation mit Corona, dem Krieg in der Ukraine, dramatisch steigende Energiepreise und eine galoppierende Inflation sorgen sowohl auf Arbeitgeber- wie auch Arbeitnehmerseite für große Verunsicherung.

In dieser Gemengelage bleiben betriebsbedingte Kündigungen nicht aus. Wobei es auch lang gediente Mitarbeiter treffen kann. In gleicher Weise gehen Arbeitgeber auf die Suche nach neuen Jobs. Und es sind meist dieselben Faktoren, die Mitarbeiter zur Kündigung bewegen. Gehalt ist zwar einer davon, aber bei Weitem nicht der Einzige, und mehr als das eigene, absolute Gehalt ist oft relevant, in welcher Relation es zu den Gehältern der Kollegen auf ähnlichen Positionen steht.

Aber: Können Unternehmen bereits im Vorfeld erahnen, ob ein Mitarbeiter die Fahnen wechseln will? Diese Gedanken haben sich auch drei Kölner Startups gemacht und interessante Projekte erarbeitet. Bei WeTain etwa ist man der Meinung, dass der Entschluss, seinen Arbeitgeber zu verlassen, meist nicht über Nacht entsteht. Vielmehr reift diese Entscheidung über einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten heran. Ist es der Personalabteilung möglich, diese Mitarbeiter zu sondieren?

WeTain trackt aus Daten, die bereits im Unternehmen vorhanden sind, aber meist nicht aggregiert und ausgewertet werden, die individuelle Kündigungswahrscheinlichkeit von einzelnen Mitarbeitern/Teams und gibt den Führungskräften Hilfestellung, an welchen kritischen Faktoren die Unzufriedenheit liegt – und was dagegen zu tun ist.

Toptalente besonders fördern

Eine gewisse Fluktuation im Unternehmen muss nicht schlecht sein und ist an der ein oder anderen Stelle sogar gewünscht – doch die Toptalente, die mit viel finanziellem und personellem Aufwand rekrutiert und ausgebildet wurden, sollten besonders gefördert werden, damit nicht wichtiges Know-how das Unternehmen verlässt.

Darüber hinaus gibt der Algorithmus Einblicke in die Qualität der Leadership, was sich an den Kündigungsquoten und -gründen einzelner Teams/Abteilungen ablesen lässt. Neben der Verhinderung des Knowledge Loss spart das regelmäßige Monitoring auch in erheblichem Maß Recruiting- und Onboarding-Kosten für die Unternehmen ein.

Virtuelles Büro

bNear adressiert das Problem der Vereinsamung von Mitarbeitern im Home-Office. Es herrscht eindimensionale Kommunikation, die fast ausschließlich über geplante Termine und Telefonate stattfindet. Der persönliche Austausch fehlt, Mitarbeiter fühlen sich disconnected und sind weniger motiviert. bNear löst diese Probleme und stellt die Mitarbeiter wieder ins Zentrum. Und zwar mithilfe eines „virtuellen Büros“, das sich nahtlos in Microsoft Teams integriert.

In Analogie zum „echten“ Büro schafft bNear in einer räumlichen Umgebung neue Orte für effizientere Zusammenarbeit, zufällige Begegnungen, spontane Interaktionen und informellen Austausch – und fördert so Informationsversorgung, Kreativität, Teamgefühl und Motivation in Hybrid- wie auch in Remote-Teams. Durch die Integration in die Microsoft-Teams-Infrastruktur ist bNear einfach zu installieren, skalieren und somit auch in großen Organisationen innerhalb weniger Minuten einsatzbereit.

Die Jobbörse für Schüler

Bersa Shazimani und Celina Götte konnten sich nach dem Besuch von Karrieremessen und sogar durch Gespräche mit den Unternehmen immer noch kein fundiertes Bild davon machen, was sie später im Beruf erwartet. Sie selbst haben, wie viele Ihrer Mitschüler, Schwierigkeiten damit gehabt, einen Nebenjob zu finden, um erste Arbeitserfahrungen zu sammeln. Grund für sie, eine Plattform zu entwickeln, auf der sie Praktika, Jobs und Ehrenämter vermitteln, um Jugendlichen durch praktische Erfahrungen eine bessere Berufsbildung zu gestalten.

Schon war die App JuniorJob geboren. Sie wollen mit ihrem jungen Team eine Brücke zwischen Schülern und Arbeitgebern herstellen und damit einerseits jedem Jugendlichen unabhängig von sozialer Herkunft den Zugang zur Arbeitswelt ermöglichen. Auf der anderen Seite können Arbeitgeber Stellen schnell und flexibel besetzen, sich in der jungen Zielgruppe sichtbar machen und somit durch verbessertem Employer Branding auch Lehrstellen langfristig besetzen.

Heribert Eiden

WELTMARKTFÜHRER SK-ELEKTRONIK GMBH

Mit Innovation und Nachhaltigkeit seit über 35 Jahren erfolgreich

Foto: Boris Löhrer

Die SK-Elektronik GmbH, seit 35 Jahren am Markt, setzt auf Entwicklung und Nachhaltigkeit

Die SK-Elektronik GmbH entwickelt und produziert seit 1987 Rechnersteuerungen für die Prozessanalyse. Die Leverkusener Firma setzt seither bei ihren Produkten auf Nachhaltigkeit. Nicht nur deshalb ist SK-Elektronik nicht nur ein attraktiver Betrieb für Auszubildende und Fachkräfte, sondern heute gleichzeitig Weltmarktführer für Flammenionisationsdetektoren.

Qualität oberstes Ziel

Bei der Entwicklung ist die Qualität der Produkte das oberste Ziel der Spezialisten aus dem Rheinland. Für sie spielen die Prozesse nach ISO 9001:2015 schon in der Entwicklung eine große Rolle. SK-Elektronik betreut die kompletten Testverfahren (CE, VDE, EMV) bis hin zu Akkreditierungsprozessen. Bei der Fertigung werden die Elektrokomponenten im SK-Elektronik-Kompetenzzentrum in Erfurt automatisch oder manuell bestückt, je nachdem was der Produktionsprozess erfordert. Für die Beratung bei technischen Fragen und Produktreparaturen hilft das SK-Elektronik-Serviceteam externen Auftraggebern. Außerdem bieten die Leverkusener nach Absprache auch produktspezifische Schulungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten an. Sowohl für die eigene Produktpalette als auch für Arbeiten im Kundenauftrag bringt SK-Elektronik mehr als 35 Jahre Entwicklungserfahrung in den Bereichen Elektronik, Layout, Konstruktion und Software mit, um die bestmöglichen Lösungen zu konzipieren.

Unweit des Rheins entwickeln und produzieren die nun mehr als 40 Mitarbeiter Rechnersteuerungen für die Prozessanalyse, Messwerterfassung und modernste Analysetechnik. Hardware- und Software-Lösungen werden individuell auf die Bedürfnisse der Kunden aus chemischer Industrie, produzierendem Gewerbe und Umweltmesstechnik zugeschnitten.

Die Produkte der SK-Elektronik GmbH werden weltweit vertrieben. Dazu hat das Leverkusener Unternehmen ein Vertriebsnetzwerk aufgebaut, mit dem die Produkte auch nach Übersee und in den asiatischen Markt geliefert werden können. Mit einem hohen Anspruch an Qualität hat sich SK-Elektronik über die vergangenen 35 Jahre zum Weltmarktführer auf dem Gebiet der Flammenionisationsdetektoren entwickelt.

Die neue portable Gerätegeneration (UPAS) wurde erst gerade im August auf der ACHEMA 2022 in Frankfurt am Main präsentiert. Nach fast zehn Jahren Entwicklungszeit kann die SK-Elektronik GmbH die neue UPAS-FID-Gerätelinie, zertifiziert nach der europäischen Immissionsschutzrichtlinie (EN15267-3/-4), genauso wie das 35-jährige Firmenjubiläum feiern.

„Motivation for Innovation“

Um das weltweite Vertriebsnetz aufzubauen, hat man einen stetigen Veränderungswillen gezeigt und die Themen der Umweltmesstechnik mit Nachhaltigkeit und innovativen Vertriebswegen in die Welt gebracht. Das zeigt auch der Slogan: „Motivation for Innovation“. Eine bahnbrechende Innovation hat SK-Elektronik mit dem „Ökolüfter 9038“ entwickelt. Dieser trägt entscheidend zur Wärmerückgewinnung in Gebäuden und zur Kompensation des Kohlendioxidausstoßes bei und unterstreicht den Drang des Unternehmens, auf Entwicklung und Nachhaltigkeit zu setzen.

Auch als Arbeitgeber ist SK-Elektronik attraktiv. Den Mitarbeitern werden hervorragende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten geboten. „Die Ausbildung von und mit unseren Mitarbeitern gibt jungen Menschen in den Bereichen Elektronik, Mechanik, Physik, Chemie, Software und internationale Betriebswirtschaft ein breites Spektrum an Entwicklungsmöglichkeiten“, erklärt Natalie Kühn, Geschäftsführerin der SK-Elektronik GmbH. Sie leitet das Unternehmen in zweiter Generation und setzt die Erfolgsgeschichte der SK-Elektronik GmbH nun bereits seit mehr als 15 Jahren fort.

Foto: SK-Elektronik

SK-ELEKTRONIK GMBH
LEVERKUSEN

SK-Elektronik GmbH
Benzstr. 23-25, 51381 Leverkusen
Tel. 02171 3955-0, Fax 02171 3955-49
info@sk-elektronik.de, www.sk-elektronik.de

SOCIAL COMMERCE GEWINNT AN BEDEUTUNG

Die Coronapandemie hat das Einkaufsverhalten der Deutschen nachhaltig verändert

Foto: Greven Group

„Soziale Netzwerke sind wichtige Absatzkanäle", weiß Anke Herbener

Corona hat die Digitalisierung in Deutschland enorm nach vorne gebracht. Homeschooling und Homeoffice sind inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Immer mehr Unternehmen verstärken ihre Onlinepräsenz mit eigenen Webshops als Erweiterung ihres Angebotes über Amazon und eBay. Im Interview schildert Anke Herbener, CEO von Greven Group und TWT Group, wohin uns der Online-Commerce zukünftig führen wird.

DIE WIRTSCHAFT: Liegen Ihnen in Bezug auf die sozialen Netzwerke quantitative und inhaltliche Informationen zum Einkaufsverhalten vor?

Anke Herbener: In Zusammenarbeit mit unabhängigen Marktforschungsinstituten haben wir in den letzten Jahren regelmäßig Studien durchgeführt. Dabei kam heraus, dass die Coronapandemie das Einkaufsverhalten der Deutschen nachhaltig verändert hat. Online-Shopping ist zur Normalität geworden und die Social-Media-Kanäle haben in diesem Zusammenhang enorm an Bedeutung gewonnen. Waren aus den Bereichen Mode, Elektro und Hobby nehmen den größten Anteil ein, aber auch Produkte und Dienstleistungen aus anderen Segmenten werden stark nachgefragt. Im Non-Food-Bereich wird bereits jeder fünfte Euro im Onlinegeschäft ausgegeben!
Unter den Plattformen belegt Facebook sowohl bei Frauen als auch Männern nach wie vor den ersten Platz. 68,2 Prozent der Online-Shopper haben in der Vergangenheit bereits hierüber eingekauft, gefolgt von Instagram (53,8 Prozent). Zurzeit liegt TikTok mit 22,3 Prozent vor Pinterest (15,1 Prozent) und Twitter (12,7 Prozent).
Ob ein Kauf getätigt wird oder nicht, hängt auch von den Bewertungen ab. Kunden möchten auf Nummer sicher gehen und lassen sich zum Shoppen eher animieren, wenn sie sehr gute oder gute Bewertungen von anderen Usern sehen.

Direkte Sichtbarkeit im Web ist für KMU unabdingbar

DIE WIRTSCHAFT: Wie verteilen sich die E-Commerce-Umsätze, also die direkt über die Internetseiten der Unternehmen erzielt werden, die Umsätze über Portale (Amazon etc.) und die über bezahlte Social-Media-Anzeigen?

Anke Herbener: Grundsätzlich ist es die intelligente Verbindung der sozialen Medien mit dem klassischen Marktplatz-Business, die erfolgreiches Handeln ausmacht. Im Gegensatz zu den Marktplätzen können die sozialen Medien ihre Reichweite aufspalten, wodurch themen- oder zielgruppenspezifische Micro-Netzwerke entstehen. In diesem Umfeld lassen sich Waren und Angebote sehr passgenau positionieren. Das ist ein wesentlicher Vorteil im Vergleich zum hart umkämpften Wettbewerb auf Amazon und anderen Marktplätzen, wo Auffindbarkeit häufig nur durch Retail Media erreicht werden kann. Dennoch ist Amazon der Hauptprofiteur der Coronakrise: 54 Prozent des E-Commerce-Umsatzes in Deutschland wurden durch den Konzern generiert.
Ob es für lokale Händler direkt ein eigener Webshop sein muss oder sich die Listung bei einschlägigen Verkaufsplattformen anbietet, muss im Einzelnen geprüft werden. Tatsache ist, dass die direkte Sichtbarkeit im Internet für KMU unabdingbar ist und hierbei die Bedeutung der sozialen Plattformen signifikant zunimmt. Während es im klassischen E-Commerce auf das Ranking der Waren oder ihre Prime-Verfügbarkeit ankommt, kaufen Konsumenten in den sozialen Netzwerken nicht nur die Ware, sondern auch das Image der Marke.
Außerdem ist das Kauferlebnis ganz entscheidend. Die emotionale und glaubwürdige Darstellung der Produkte, beispielsweise durch Live-Interaktion, kann einen starken Umsatz-Peak auslösen. Als Multiplikatoren kommen nicht nur Influencer/Creator in Betracht, sondern auch die Unternehmer selbst. Schließlich kennen Geschäftsinhaber ihr eigenes Angebot am besten und können es entsprechend überzeugend präsentieren.

E-Commerce-Industrie der große Coronagewinner

DIE WIRTSCHAFT: Können Sie uns Zahlen zum Vorher-Nachher-Vergleich seit Pandemiebeginn nennen?

Anke Herbener: Die Pandemie hat die digitale Transformation der gesamten Wirtschaft rasant und nachhaltig beschleunigt – der Onlinehandel ist sprunghaft angestie-

gen. Auch kleine Unternehmen haben die sozialen Plattformen als Einstieg für ihre Online-Aktivitäten genutzt. Insgesamt ist die E-Commerce-Industrie der große Coronagewinner. 2020 und 2021 wuchs der Umsatz jeweils um 23 bzw. 19 Prozent.
Die schnelle Entwicklung des Onlinehandels zeigt sich auch im Verkauf über die sozialen Plattformen. Prognostiziert wird, dass die globale Social-Commerce-Branche bis 2025 mit einem Volumen von 492 Milliarden US-Dollar dreimal so schnell wie der traditionelle E-Commerce auf 1,2 Billionen US-Dollar anwachsen wird. Vor allem die Generationen Y und Z werden dieses Wachstum vorantreiben und in den nächsten Jahren voraussichtlich einen Anteil von 62 Prozent an den weltweiten Social-Commerce-Ausgaben tätigen.
Unternehmen, die dem Wettbewerb standhalten wollen, sind demnach mehr als je zuvor gefordert, die sozialen Plattformen als starke Absatzkanäle zu etablieren – ganz gleich, ob klein oder groß, lokal oder global. Wer sein Angebot über die digitalen Kanäle vertreiben und eine messbar bessere Conversion Rate erzielen möchte, muss sich geschickt aufstellen und Anreize schaffen.

DIE WIRTSCHAFT: Ist Liveshopping bereits ein nennenswerter Umsatzmotor?

Anke Herbener: Was für viele Unternehmen am Anfang ein Experiment war, hat sich zum wichtigsten Verkaufskanal entwickelt. Die Anzahl der Zuschauer wächst und wächst – im Jahr 2021 hat in einigen Liveshopping-Shows fast jeder zweite Zuschauer per Klick die angepriesene Ware gekauft. Liveshopping ist einer der spannendsten Zukunftstrends im Onlinehandel und birgt hohe Umsatzpotenziale. Allein in Deutschland gehen wir von einem Umsatzanstieg von bis zu 10 Prozent in den nächsten fünf Jahren aus. Branchen, wie z. B. Bekleidung, Kosmetik und Elektroartikel, nutzen das enorme Potenzial schon länger und zukünftig wird das für alle Branchen relevant sein.

Social Commerce basiert auf Vertrauen

DIE WIRTSCHAFT: Wie können sich KMU im Bereich Social Commerce sichtbar und zuverlässig positionieren bzw. wie kann sich das lokale Gewerbe gemeinsam hervorheben?

Anke Herbener: Die weltweiten Trends gelten auch für den lokalen Mittelstand – für KMU birgt Social Commerce enormes Wachstumspotenzial. Denn gerade kleine Marken bzw. Einzelunternehmen können von der Entwicklung profitieren und mit der richtigen Multichannel-Strategie aus der Masse herausragen. Wie wichtig digitale Präsenz für lokale Händler ist, haben wir spätestens im Lockdown erlebt. Aufmerksamkeitsstarke Posts mit aktuellen Informationen, etwa über Einkaufsmöglichkeiten bzw. Lieferservices, waren von heute auf morgen existenzsichernd. Die Krise hat mit Nachdruck gezeigt, dass Händler die digitalen Optionen auf ihrer Website bzw. in den Social-Media-Kanälen ausschöpfen müssen und sie ihre Kunden z. B. durch Messenger-Marketing oder Angebote wie Click & Collect etc. binden können.
Essenziell sind die glaubwürdige Darstellung des Angebotes und ein persönliches Kauferlebnis – Social Commerce basiert auf Vertrauen. KMU müssen Facts und Argumente liefern, die überzeugen und die Einzigartigkeit ihres Angebotes in der Region hervorheben. Mit relevantem Content können sie erfolgreich Nähe zur lokalen Kundschaft aufbauen. Dabei können Kooperationen mit Marken und gemeinsame Auftritte von lokalen Anbietern die Relevanz und die Authentizität noch verstärken. Das ermöglicht ihnen auch, Kunden dort abzuholen, wo sie sich in den digitalen Kanälen aufhalten.

DIE WIRTSCHAFT: In welchen Branchen erwarten Sie die größten Potenziale und wo besteht Nachholbedarf?

Anke Herbener: Im Vergleich zum Vorjahr ist der Netto-Umsatz im E-Commerce wie gesagt um 19 Prozent auf rund 87 Milliarden Euro gestiegen. 2020 waren es noch knapp 73 Milliarden Euro. Am meisten dazu beigetragen haben die Segmente Fashion/Accessoires sowie Elektronik mit einem Anteil von über 40 Prozent. Der Bereich Freizeit/Hobby belegt mit circa 15 Prozent den dritten Rang. Das stärkste Onlinewachstum 2021 verzeichnen hingegen die Branchen FMCG und Wohnen/Einrichten mit einer Wachstumsrate von 30 Prozent. Nachholbedarf sehe ich in den Bereichen Gesundheit/Wellness, Heimwerken/Garten und Bürobedarf, die jeweils bei plus minus fünf Prozent Marktanteil liegen.

Eugen Weis

GREVEN MEDIEN

Vor über 190 Jahren gegründet, bietet Greven Medien, ein Unternehmen der Greven Group, heute als Full-Service-Dienstleister Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen kompetente Beratung und Lösungen für lokales digitales Marketing. Mit mehr als hundert Mitarbeitern am Standort Köln begleitet das Unternehmen seine Kunden nachhaltig, lösungsorientiert und mit dem Gespür für aktuelle Trends durch die Herausforderungen der digitalen Transformation. Das Leistungsspektrum umfasst Lösungskonzepte aus einer Hand, wie z. B. Website- und Webshop-Erstellung, SEO, TV-Banner und Social-Media-Angebote. Der Geschäftserfolg von Greven Medien spiegelt sich in rund 15.000 Kundenbeziehungen wider – darunter mehr als 5.000 zufriedene Kunden mit digitalen Projekten.

DOPPELHAUSHALT FÜR KÖLN VORGELEGT

Trotz Krisen will Stadt Planungssicherheit für die kommenden Jahre

Foto: Alex Weis

Oberbürgermeisterin Henriette Reker will finanzielle Planungssicherheit schaffen

Dem Kölner Rat wurde der Entwurf für die Haushaltsjahre 2023/2024 sowie die mittelfristige Finanzplanung bis 2027 vorgelegt. Geprägt sind die Entwürfe von zahlreichen Unsicherheiten, die die finanziellen Planungen erschweren.

Die Herausforderungen für die Oberbürgermeisterin und die Stadtkämmerin sind groß. Die Coronapandemie ist auch weiterhin nicht überwunden. Darüber hinaus muss die Stadt Köln zusätzliche Herausforderungen bei der Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine bewältigen. Hinzu kommt die Energiekrise, bei der noch niemand so wirklich vorhersagen kann, wie groß die finanziellen Schäden werden. Dennoch ist es Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Stadtkämmerin Dörte Diemert gelungen, einen Haushalt zu konzipieren, der zum Jahresbeginn 2023 bzw. 2024 uneingeschränkt in Kraft treten kann. Im November soll die Beschlussfassung im Kölner Stadtrat verabschiedet werden.

Krisen sorgen für Defizite

Die Gesamtaufwendungen für die Stadt Köln steigen in den kommenden Jahren auf 5,52 Milliarden Euro im Jahr 2023 bzw. 5,76 Milliarden Euro im Jahr 2024. Im aktuell laufenden Kalenderjahr wird von Aufwendungen in Höhe von 5,28 Milliarden Euro ausgegangen. Auf der Einnahmenseite plant die Stadt Köln für 2023 mit 5,33 Milliarden Euro und 5,50 Milliarden Euro für 2024. Die Steuererwartungen mussten mit Blick auf die deutlich abgeschwächten Konjunkturprognosen nach unten korrigiert werden, hinzu kommen Steuerentlastungsmaßnahmen. Da hier allerdings noch nicht feststeht, wie umfangreich die Entlastungspakete werden, fällt eine genaue Kalkulation besonders schwer. Die Prognoserisiken haben sich laut Angaben der Stadt im Vergleich zu den Vorjahren nochmals erhöht. Für 2023 plant die Stadt mit einem Defizit von 191,7 Millionen Euro, 2024 werden es den Prognosen entsprechend 256,2 Millionen Euro sein. Die Stadt Köln beziffert die Entnahmequote aus der Allgemeinen Rücklage für 2023 auf rund 3,59 Prozent und für 2024 auf 4,98 Prozent. Eine Haushaltssicherung kann damit wohl vermieden werden. Gleichzeitig sollen mit dem Haushaltsentwurf ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die notwendige urbane Transformation rund um die Themenfelder Klimaschutz und Klimaanpassung, Mobilitätswende und Digitalisierung zu realisieren und die Lebensqualität und den Zusammenhalt in Köln zu stärken.

OB Reker bezieht Stellung

„Mir ist bewusst, dass viele Menschen in unserer Stadt sorgenvoll in die Zukunft blicken. Ihnen sage ich: Diese Verwaltung mit mir an der Spitze – wir bleiben nah an den Bedürfnissen und am Alltag der Kölner*innen. Wir sind uns der Verantwortung für alle bewusst, die aufgrund der Energieknappheit in finanzielle Nöte geraten. Zwar ist die Stadt Köln finanziell nicht in der Lage, die Mehrbelastungen aufzufangen. Doch ich darf allen Menschen in unserer Stadt versichern: Wir setzen uns gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag sehr massiv dafür ein, dass weitere Entlastungen von Land und Bund auf den Weg gebracht werden! Zudem halten wir unsere Leistungen, Förderprogramme, Angebote und Services als Stadtverwaltung aufrecht und planen, weder Grund- noch Gewerbesteuer zu erhöhen. Um die Transformation der Stadt weiter voranzutreiben, nehmen wir in den kommenden zwei Haushaltsjahren zusätzliche Mittel in die Hand und bereiten uns gemeinsam mit unserer Konzerntochter RheinEnergie sehr intensiv und weitsichtig auf verschiedenste Szenarien möglicher Energieknappheit vor“, so Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert betont, dass insbesondere die weitere geopolitische Entwicklung nicht vorhersehbar ist und dies große Herausforderungen bedeutet. Daher gelte es, „heute abgewogen zu handeln und morgen flexibel zu reagieren. Nicht jedes denkbare Risikoszenario lässt sich vollständig absichern, ohne die Handlungsfähigkeit zu verlieren. Mit diesem Entwurf gelingt uns der Spagat, einerseits gewappnet zu sein für das, was noch kommen mag, und andererseits die langen Linien, die drängenden Zukunftsthemen, nicht aus dem Blick zu verlieren. Wir stellen uns unserer Verantwortung, aber wir benötigen auch von Bund und Land klare Signale der Entlastung und Unterstützung, damit wir weiter kraftvoll handeln können“, sagt Diemert.

Christian Esser

LIQUIDITÄT FÜR BELASTETE KMU

Energiekrise und Inflation: Mittelständler stehen enorm unter Druck. Objektbasierte Finanzierungen können jetzt Tagesgeschäft und Investitionen absichern.

Neben Produktions- und Lieferschwierigkeiten treiben auch Materialengpässe die Preise in die Höhe

Nach einer Modellrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW)[1] wären Unternehmen von einer neuerlichen Teuerungswelle beim Gas massiv betroffen. Das dürfte die aktuelle Krise weiter zuspitzen. Liquidität wird dringend gebraucht; pragmatische Ansätze wie die objektbasierten Finanzierungen von Maturus Finance bieten Lösungen.

Laut IW liegt die Inflation derzeit bei circa 7,5 Prozent. Käme es zu einer Verdoppelung des Gaspreises gegenüber dem zweiten Quartal, könnte die Inflation im Jahresdurchschnitt noch einmal um einen Prozentpunkt steigen – 2023 wären es sogar vier Prozentpunkte. Jederzeit mögliche Drosselungen der Lieferungen durch Russland machen dieses Szenario durchaus realistisch. Hinzu kommt die ab Oktober geplante Gasumlage, die laut Beobachtern die Inflation nochmals um bis zu zwei Prozent steigen lassen könnte. Doch nicht nur in Energiefragen stehen Unternehmen unter Schock. Industrie[2] und Handel[3] erwarten laut Erhebung des ifo-Instituts auch Materialengpässe bis in das nächste Jahr hinein. Neben Produktions- und Lieferschwierigkeiten treibt der Mangel auch hier die Preise in die Höhe.

Liquiditätsengpässe vermeiden

KMU müssen Mittel und Wege finden, um ihren Betrieb in dieser schwierigen Zeit aufrechtzuerhalten. Liquidität ist dabei der Schlüssel, doch die Eigenkapitalreserven sind häufig durch die Coronakrise geschwächt. Außerdem üben sich Banken in Zurückhaltung: Die KfW-ifo-Kredithürde[4] stieg für KMU zuletzt auf fast 21 Prozent. Immer mehr Firmen legen geplante Investitionen auf Eis. Doch das ist problematisch, denn Entwicklungen wie Digitalisierung und Energiewende schreiten ungebremst voran. Zudem bedroht der Fachkräftemangel den Mittelstand: Nach Angaben des IW[5] sind derzeit branchenübergreifend fast 540.000 Stellen unbesetzt. Angesichts der Umstände sind Lösungen wie die objektbasierten Finanzierungen von Maturus Finance gefragt.

Der Hamburger Finanzierungspartner Maturus Finance hat sich darauf spezialisiert, Mittelständlern auch in herausfordernden Situationen Liquidität bereitzustellen. Das 2005 gegründete Unternehmen ist ein Pionier bankenunabhängiger, objektbasierter Ansätze. Dabei bilden Vermögensgegenstände die Finanzierungsgrundlage und verhelfen KMU ungeachtet ihrer Bonität zu Liquidität. Maturus Finance ist mit Modellen wie Sale & Lease Back oder Asset Based Credit deutschlandweit und in Österreich im Einsatz.

Sale & Lease Back (SLB) unterstützt maschinenreiche Unternehmen dabei, Mittel durch reine Innenfinanzierung freizumachen. Dazu verkaufen sie ihren werthaltigen Maschinen-, Anlagen- oder Fuhrpark und leasen ihn sofort im Anschluss wieder zurück. Dadurch wird innerhalb weniger Wochen dringend benötigte Liquidität für operative Herausforderungen oder Investitionen frei.

Überbrückung und Entlastung durch Spezialkredit

Der Ansatz Asset Based Credit bietet Lösungen für Industriebetriebe, Dienstleister, Händler oder Start-ups. Im Unterschied zur gewöhnlichen Bankfinanzierung gibt es hier umfassende Möglichkeiten in der Kreditbesicherung: Maschinen- und Fuhrparks, Rohstoff- und Warenlager sowie Sachwerte oder Immobilien können als Sicherheit dienen. Die kurz- bis mittelfristigen Spezialkredite sind schnell verfügbar und können der Überbrückung von Liquiditätsflauten, dem Abfedern von Preissteigerungen oder dem Ausbau der Lagerhaltung dienen.

Carl-Jan von der Goltz, geschäftsführender Gesellschafter Maturus Finance GmbH, www.maturus.com

[1] https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/thomas-obst-mehr-als-300000-arbeitslose-durch-hohe-gaspreise.html
[2] https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-06-29/unternehmen-erwarten-materialknappheit-bis-2023
[3] https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-07-06/einzelhaendler-befuerchten-lieferprobleme-bis-mitte-2023
[4] https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_719168.html
[5] https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/helen-hickmann-filiz-koneberg-groesste-luecken-in-typischen-maenner-und-frauenberufen.html

CHAOSTAGE MIT GASUMLAGE

Zwischen Be- und Entlastung und vielen Diskussionen

Foto: Corona Borealis - stock.adobe.com

Gas wird mit der ab Oktober geltenden Gasumlage noch teurer. Im Gegenzug soll die Mehrwertsteuer für Gas reduziert werden.

Ab Oktober wird es für Kunden, die Gas beziehen, noch einmal deutlich teurer werden. Denn bis ins Jahr 2024 hinein soll eine Gasumlage in Höhe von 2,419 Ct/kWh erhoben werden. Auf Unternehmen und Bevölkerung kommen so, nachdem bereits in den vergangenen Monaten die Preise für Energie enorme Steigerungen erfahren haben, weitere Mehrkosten zu.

Wieso diese Umlage?

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich die deutsche Haltung gegenüber Energieimporten aus Russland und der entsprechenden Abhängigkeit schlagartig verändert. Seitdem fließt deutlich weniger Gas durch Pipelines nach Deutschland. Das liegt daran, dass Deutschland und andere EU-Staaten künftig völlig auf Energieimporte aus Russland verzichten wollen, zudem wurden, von russischer Seite aus, die Gasmengen deutlich reduziert. Importeure müssen nun mit deutlich höheren Kosten als bisher Ersatz auf den viel teureren Weltmärkten beschaffen. Dies kann und hat einige Anbieter bereits in gehörige Schieflage gebracht. Das bekannteste Beispiel dürfte das Düsseldorfer Unternehmen Uniper sein, das im ersten Halbjahr 2022 einen Verlust von 12,4 Milliarden Euro einfuhr. Bis jetzt sind etwa 15 Milliarden Euro an Steuergeldern dafür aufgewendet worden, um das Unternehmen, das für den Energiemarkt als „systemrelevant“ gilt, zu retten. Uniper hat bereits einen weiteren Bedarf von etwa vier Milliarden Euro angemeldet. Um Importeure vor einer Pleite zu bewahren, wird nun ab Oktober für jede Kilowattstunde Gas eine Umlage fällig. Für Verbraucher, ob Familien oder Unternehmen, kommen erhebliche Mehrkosten zu. Laut Berechnungen des IW Köln kommt auf eine Familie mit einem Einfamilienhaus (140 qm) ein jährlicher Mehrbetrag von 542 Euro zustande. Die Mehrkosten für die deutsche Industrie dürften sich auf etwa 5,7 Milliarden Euro jährlich belaufen. Um die Belastungen für die privaten Haushalte und Unternehmen im Gegenzug etwas abzufedern, soll der Mehrwertsteuersatz auf Gas von derzeit 19 auf sieben Prozent gesenkt werden. „Mit diesem Schritt entlasten wir die Gaskunden insgesamt deutlich stärker, als die Mehrbelastung, die durch die Umlagen entsteht, beträgt“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Pressestatement im Kanzleramt. Ziel der Gasumlage ist, den deutschen Gasmarkt vor einem Zusammenbruch zu bewahren.

Ein großes Durcheinander

Über Wochen hinweg war die Gasumlage das womöglich präsenteste innenpolitische Thema. Die Sorge, dass der Energiemarkt in Deutschland aufgrund der Gaskrise kollabieren könnte, war und ist weiterhin groß. Um das zu verhindern, wurde die Gasumlage in sehr kurzer Zeit konzipiert. Nur geht besonders große Schnelligkeit häufig auch mit Fehlern einher. Solche Verordnungen werden häufig überarbeitet, Texte geändert. Doch im Wirtschaftsministerium ist lange wohl niemandem aufgefallen, dass in die Verordnung zur Gasumlage ein Systemfehler eingebaut wurde. Denn die Gasumlage wäre so, wie anfangs kommuniziert, nicht nur für die Unternehmen bestimmt gewesen, die tatsächlich durch die reduzierten russischen Gasmengen in Schwierigkeiten gekommen sind, sondern auch für diejenigen, „die von der erheblichen Reduzierung der Gasimportmengen nach Deutschland unmittelbar“ betroffen sind. Heißt: die Gasumlage sollte auch an Unternehmen fließen, die zwar weiterhin Gewinne machen, aber dennoch ein paar Probleme merken.
Über diesen Fehler hat es erbitterte Debatten gegeben, selbst die Koalitionspartner tauschen untereinander teils heftige Schimpftiraden aus. Der Fehler im System der Gasumlage soll aber möglichst schnell behoben werden, es soll noch einmal genau nachgeprüft werden, welche Unternehmen wirklich die Gelder aus der Gasumlage benötigen und welche nicht. Auch versprach Robert Habeck, Bundeswirtschaftsminister, dass Unternehmen in der Krise weiterhin geholfen werden soll. „Auch ein Teil der Unternehmen spürt die Auswirkungen der Energiekrise enorm, gerade auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wichtig ist, dass Betriebe hier gezielt unterstützt werden. Deshalb werden wir die Hilfsprogramme verlängern und, wenn nötig, passgenau zur Lage neu kalibrieren.“ Zudem will die Bundesregierung ein weiteres umfangreiches Entlastungspaket auf den Weg bringen.

Christian Esser

MILLIARDENSCHÄDEN DURCH CYBERANGRIFFE

Starker Anstieg bei Attacken aus China und Russland

Foto: Negro Elkha - stock.adobe.com

Der Digitalverband Bitkom geht von aktuell jährlichen Schäden von über 200 Milliarden Euro aus

Durch Diebstahl von IT-Ausrüstung, Daten, Spionage und Sabotage entsteht der deutschen Wirtschaft jährlich ein Schaden von rund 203 Milliarden Euro. Neun von zehn Unternehmen werden Opfer von Cyberangriffen. Die Rolle der organisierten Kriminalität wuchs zuletzt deutlich. Besonders häufig kommen Angriffe auf deutsche Unternehmen aus Russland und China.

Der Schaden für Wirtschaftsbetriebe in Deutschland ist enorm. Das zeigen die Ergebnisse einer Studie im Auftrag des Digitalverbands Bitkom. Demnach liegt der jährliche Schaden für Unternehmen hierzulande bei über 200 Milliarden Euro. Im Rekordjahr 2021 wurden sogar 223 Milliarden Euro an Schäden ermittelt. In den Jahren 2018/2019 wurden noch 103 Milliarden Euro Schäden durch Datendiebstahl, Spionage oder Sabotage verzeichnet. Ein Großteil der Unternehmen in Deutschland ist davon betroffen. 84 Prozent der Befragten gaben an, im vergangenen Jahr Opfer von Cyberattacken gewesen zu sein. Weitere neun Prozent gehen davon aus, dass sie angegriffen wurden. Laut Studie kommen die meisten Angriffe aus China und Russland. Im Vergleich zum Vorjahr gab es deutliche Anstiege bei den verzeichneten Attacken. 43 Prozent der betroffenen Unternehmen konnten mindestens einen Angriff aus China identifizieren (2021: 30 Prozent). 36 Prozent der Betriebe sehen die Urheber der Attacken in Russland (2021: 23 Prozent). Das Problem der Cyberangriffe für die Unternehmen wird deshalb auch immer größer, weil die Angreifer immer professioneller vorgehen. Bei 51 Prozent der Attacken konnten das organisierte Verbrechen oder Banden als Urheber ermittelt werden. Damit belegt diese Gruppe nun in der Rangliste der Täterkreise erstmals den ersten Rang. 2021 lag ihr Anteil noch bei 29 Prozent, vor drei Jahren waren es noch 21 Prozent.

Mails und Kundendaten werden geraubt

„Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und mit einer hybriden Kriegsführung auch im digitalen Raum ist die Bedrohung durch Cyberattacken für die Wirtschaft in den Fokus von Unternehmen und Politik gerückt. Die Bedrohungslage ist aber auch unabhängig davon hoch“, sagte Bitkom-Präsident Achim Berg. „Die Angreifer werden immer professioneller und sind häufiger im organisierten Verbrechen zu finden, wobei die Abgrenzung zwischen kriminellen Banden und staatlich gesteuerten Gruppen zunehmend schwerfällt. Allerdings zeigen die Ergebnisse in diesem Jahr auch, dass Unternehmen mit geeigneten Maßnahmen und Vorsorge dafür sorgen können, dass Angriffe abgewehrt werden oder zumindest der Schaden begrenzt wird.“ Sinan Selen, Vizepräsident des Verfassungsschutzes, bewertet ebenfalls die Studienergebnisse: „Die Bewertungen in der Studie spiegeln sich auch in der Lageeinschätzung der Cyberabwehr des BfV wider. Die Grenzen zwischen Cyberspionage und Cybercrime verschwimmen zunehmend. Wir müssen uns nicht nur auf ein ‚Outsourcing‘ von Spionage einstellen, sondern auch darauf, dass Staaten Cybercrime als Deckmantel für eigene Operationen nutzen. Wir stellen eine Vermischung analoger und digitaler Angriffsvektoren fest. Zudem wechseln staatliche Akteure ihr Zielspektrum flexibel, je nach politischer Agenda, von Wirtschaft zu Politik und umgekehrt. Als Nachrichtendienst kann das BfV diesen Herausforderungen begegnen, da wir wertvolle Erkenntnisse aus operativen Maßnahmen und aus dem Austausch mit internationalen Partnern kombinieren können.“

Die Angriffe von Kriminellen auf Unternehmen verlagern sich zunehmend in den digitalen Raum. Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben an, dass sie in den letzten zwölf Monaten von Diebstählen von IT- und Kommunikationsgeräten betroffen waren oder es zumindest vermuten (69 Prozent). Besonders häufig haben es die Angreifer auf Daten Dritter abgesehen. 68 Prozent der Unternehmen gaben an, dass Kommunikationsdaten wie E-Mails bei Angriffen entwendet wurden (2021: 63 Prozent). Kundendaten lagen bei 45 Prozent der geschilderten Fälle im Visier der Täter, im Vorjahr waren es noch 31 Prozent. „Die Täter scheinen genau zu wissen, an welcher Stelle sie am härtesten zuschlagen können. Wenn Daten Dritter entwendet werden, droht den Unternehmen zusätzlicher Schaden. Der reicht von Reputationsverlust bis hin zu möglichen Bußgeldern der Aufsichtsbehörden“, so Berg.

Christian Esser

WIRTSCHAFT WEITER ROBUST

Geringes Wachstum trotz unterschiedlicher Krisen

Foto: nmann77 - stock.adobe.com

Zwar stiegen zuletzt die Arbeitslosenzahlen - dies steht aber vor allem im Zusammenhang mit Geflüchteten aus der Ukraine

Obwohl der Krieg in der Ukraine und in seiner Folge drastisch gestiegene Energiepreise die Wirtschaft in Deutschland massiv belasten, erwies sich diese im ersten Halbjahr 2022 dennoch als widerstandsfähig. Im Vergleich zum ersten Quartal blieb die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2022 unverändert, wie das Bundeswirtschaftsministerium meldet.

Demnach hat sich die deutsche Volkswirtschaft im ersten Halbjahr 2022 sogar besser entwickelt, als es viele Experten und Beobachter erwartet haben. Die Aussichten für das zweite Halbjahr sind allerdings durch die seit Mitte Juni reduzierten Gaslieferungen aus Russland, weitere Preissteigerungen bei Energie und anhaltende Lieferengpässe deutlich getrübt. Viele fürchten für das zweite Halbjahr sogar eine Rezession. Nachdem der Schock aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine bei der deutschen Industrie tief saß, konnte sich die Branche wieder etwas erholen. Produktion wie auch der Warenexport legten zuletzt wieder zu. Trotzdem bleibt die Nachfrage weiterhin niedrig. Der Ausblick der Betriebe aus der Industrie ist für das zweite Halbjahr 2022 von zahlreichen Unsicherheiten geprägt. Die Konjunkturaussichten sind äußerst zurückhaltend.

Schwierig ist die Situation auch für Einzelhändler. Deren Umsätze verzeichneten binnen Jahresfrist bedingt durch die hohen Preissteigerungen in realer Rechnung den größten Rückgang seit 1994. Durch die teils kräftigen Preisniveausteigerungen im Einzelhandel geht das Konsumklima auf Talfahrt und setzt diese unvermindert fort. Die Inflationsrate ging von Juni auf Juli 2022 zum zweiten Mal in Folge etwas zurück und sank auf 7,5 Prozent (Juni: 7,6 Prozent). Dies ist durch die Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe (Tankrabatt), die Einführung des Neun-Euro-Tickets und die abgeschaffte EEG-Umlage zu erklären. Dennoch haben sich Energieträger weiterhin verteuert, die rasante Preissteigerung konnte hier aber zumindest etwas abgeschwächt werden. Besonders bedenklich ist allerdings die Preisniveausteigerung bei Nahrungsmitteln, die nach der Wiedervereinigung auf ein neues Allzeithoch anstieg. Dies spüren insbesondere Geringverdiener besonders deutlich. Zudem wird für den September mit einem deutlichen Anstieg der Inflationsrate in Deutschland gerechnet, da der Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket Ende August ausgelaufen sind. Bereits am Folgetag waren an den Zapfsäulen deutliche Preissprünge zu verzeichnen.

Trotz der zahlreichen Krisenherde in Verbindung mit rasanten Preissteigerungen zeigt sich der Arbeitsmarkt allerdings vergleichsweise robust. Die Arbeitslosigkeit ist zwar angestiegen, allerdings hauptsächlich aufgrund der Fluchtmigration aus der Ukraine. Die Bundesregierung erwartet auch in den kommenden Monaten einen weiteren Anstieg bei der registrierten Arbeitslosigkeit aufgrund der vielen Geflüchteten, die nach Deutschland kommen. Den Betrieben fällt es darüber hinaus immer schwerer, offene Stellen neu zu besetzen. So stieg die Zahl der offenen Stellen im zweiten Quartal 2022 auf ein neues Allzeithoch. Vom Fachkräftemangel werden fast alle Branchen erfasst. Als größtes Risiko für den Arbeitsmarkt wird ein Gaslieferstopp aus Russland angegeben, der zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung und infolgedessen zu einer höheren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führen dürfte.

Die Krisenherde haben sich auf die Zahl der Unternehmensinsolvenzen bisher aber nicht ausgewirkt. Im Mai 2022 wurden bei den deutschen Amtsgerichten 1.242 Unternehmensinsolvenzen beantragt. Damit bewegt sich die Zahl auf dem Niveau des Vormonats April. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 lag die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen um vier Prozent unterhalb des Vorjahresniveaus. Trotz der gestiegenen Risiken deuten bisherige Umfragen und Frühindikatoren aber nicht auf einen signifikanten Anstieg in naher Zukunft hin.

Geteiltes Stimmungsbild

Ein zweigeteiltes Bild zeigt weiterhin die konjunkturelle Stimmungslage in Deutschland. Zwar haben sich mit einer gestiegenen Industrieproduktion, Warenexporten und Warenimporten wichtige Kennzahlen der wirtschaftlichen Lage zuletzt positiv entwickelt. Allerdings zeigt ein Vorausblick in die Zukunft auf eine negative Entwicklung in der nächsten Zeit hin. Vorausschauende Indikatoren und Stimmungsdaten wie die Zahl der Auftragseingänge oder auch Konjunkturprognosen wie der ifo-Geschäftsklimaindex lassen eine Verschlechterung der Wirtschaftsleistung im zweiten Halbjahr 2022 erwarten. Die Stimmung der Betriebe ist infolge reduzierter Gasliefermengen aus Russland gedrückt, obwohl die Gasspeicher bisher etwas schneller als erwartet die Füllstände erreichen. Dennoch beschreiben die Betriebe eine Drosselung der Lieferung als Hauptrisiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Angespannt ist die Lage ebenfalls bei den weltweiten Lieferketten, auch wenn zuletzt

das Frachtvolumen aus China nach der Beendigung des Lockdowns in der Region um Schanghai wieder zulegte. Die Materialengpässe der deutschen Unternehmen dürften allerdings auch noch im zweiten Halbjahr anhalten. Daher meldet der deutsche Außenhandel lediglich verhaltene Aussichten. Schwierig wird die Situation zudem für Einzelhändler bleiben. Die aktuellen Krisen erzeugen große Unsicherheiten, zudem wirkt sich die hohe Inflation auf das Konsumklima und die Kaufkraft der Bürger aus. Die aktuelle Inflationsrate mit etwa 7,5 Prozent bewegt sich historisch betrachtet auf einem ähnlichen Niveau wie während der Ölkrise im Winter 1973/74. Die drastisch gestiegenen Preise für Energie wirken sich zunehmend auch auf die Preise weiterer Produkte wie Nahrungsmittel aus, die die allgemeine Teuerung zusätzlich antreiben.

Foto: Piman Khrutmuang - stock.adobe.com

Schwierige Zeiten für die Baubranche - Planung und Durchführung werden immer komplizierter

Rezession wohl unvermeidbar

Nachdem das wirtschaftliche Wachstum Deutschlands aufgrund des russischen Angriffskriegs fast vollständig abgeflaut ist, deutet immer mehr darauf hin, dass eine Rezession nicht mehr zu vermeiden ist. Untermauert wird dies durch das Konjunkturbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Mit 78,7 Punkten liegt der aktuelle Wert deutlich unter der 100-Punkte-Schwelle, die für ein durchschnittliches Wachstum der Wirtschaft hierzulande steht. Trotz des schwierigen Umfelds mit der hohen Inflation, der Energiekrise und der Dürre in den Sommermonaten konnte sich die deutsche Wirtschaft bislang sehr gut halten. Doch für das dritte Quartal rechnen Experten mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts. „Leider wird es immer wahrscheinlicher, dass wir eine Rezession bei gleichzeitig hoher Inflation durchmachen werden“, sagt Guido Baldi, DIW-Konjunkturexperte. Zudem kommen Risiken, die abwärtsgerichtet sind. Viele Gasanbieter sind gezwungen, neue Verträge abzuschließen und ihre Preise massiv zu erhöhen. Viele Menschen sind aufgrund der Teuerungsrate inflationsbereinigt aktuell mit deutlichen Lohneinbußen konfrontiert. Diese Entwicklung mit einer verringerten Kaufkraft ihrer Kunden merken Einzelhändler bereits deutlich. Schwierig bleibt laut DIW auch die Lage bei der Weltkonjunktur. Diese ist merklich abgekühlt, für die sehr exportorientierte deutsche Wirtschaft sind das keine guten Nachrichten. Die prognostizierten Wachstumsraten zahlreicher Volkswirtschaften und in Schwellenländern wie China liegen für das zweite Halbjahr 2022 niedrig, teilweise werden auch hier Rezessionen befürchtet.

Besonders groß sind die Auswirkungen für die Industrieunternehmen in Deutschland. Eine schwache Weltkonjunktur, der Krieg in der Ukraine, rasante Preissteigerungen und zahlreiche Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Zukunft mindern Auftragseingänge und hemmen zudem Materiallieferungen und Produktionsabläufe. Große Sorgen haben die Betriebe zudem hinsichtlich der Energieversorgung. „Die deutsche Industrie hält sich in Anbetracht der widrigen Umstände zwar tapfer“, sagt Laura Pagenhardt, DIW-Konjunkturexpertin. „Doch die Herausforderungen nehmen kein Ende und setzen die gesamte Branche zunehmend unter Druck.“

Auch die Branchen, die aufgrund ausgelaufener Beschränkungen aufgrund der Coronapandemie wieder deutlich stützend auf die deutsche Wirtschaft wirkten, haben nun wieder große Probleme aufgrund der hohen Inflation und dadurch gesunkener Kaufkraft der Haushalte. „Sorgen um die Gasversorgung und die hohen Energiepreise drücken massiv auf die Konsumlaune, insbesondere bei Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen“, so Baldi.

Christian Esser

Foto: Marco Becker - stock.adobe.com

Gestörte Lieferketten lassen Produktionen zum Stillstand kommen

MICROSOFT 365 UND TEAMS IM UNTERNEHMEN

Die Nutzung von Microsoft 365 bringt sowohl datenschutzrechtliche als auch betriebsverfassungsrechtliche Themen mit sich

Foto: Gerd - stock.adobe.com

Microsoft 365 ist mitbestimmungspflichtig

Als technische Einrichtung, welche die Überwachung von Leistung und Verhalten der Arbeitnehmer ermöglicht, unterliegt die Einführung und Nutzung von Microsoft 365 im Unternehmen der Mitbestimmung des Betriebsrats. Das Bundesarbeitsgericht hat nun klargestellt, dass die unternehmenseinheitliche Nutzung von Microsoft 365 die Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats (GBR) begründet. Zudem muss die DSGVO beachtet werden, auch diesbezüglich gibt es Neues.

Voraussetzungen der Zuständigkeit des GBR

Das BAG hatte sich in seinem Beschluss vom 8. März 2022 (1 ABR 20/21) mit der Frage zu beschäftigen, ob hinsichtlich der betrieblichen Mitbestimmung bei der Einführung und Anwendung des Softwarepakets Microsoft 365 (damals noch „Office 365“) die Zuständigkeit des Betriebs- oder des Gesamtbetriebsrats eröffnet ist, wenn das Softwarepaket unternehmensweit eingesetzt werden soll. Während die Einordnung als „technische Einrichtung“ im Sinne des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG, welche die Überwachung von Verhalten und Leistung der Arbeitnehmer theoretisch ermöglicht, unproblematisch war, fühlte sich der antragstellende lokale Betriebsrat bei der Mitbestimmung übergangen. Dieser war der Ansicht, er habe zumindest bei Teilen des Softwarepakets mitzubestimmen, denn die zentralen Administrationsrechte könnten (jedenfalls für einige Module) auf betrieblicher Ebene geregelt und die Anwendung in den einzelnen Betrieben unterschiedlich ausgestaltet werden. Mithin bestünde keine zwingende technische Notwendigkeit für eine unternehmensweit einheitliche Regelung, sodass die Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats nach § 50 Abs. 1 S. 1 BetrVG nicht eröffnet sei.

Die „1-Tenant-Lösung“ von Microsoft 365

Dieser Ansicht folgte das Gericht jedoch nicht. Voraussetzung der Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats nach § 50 Abs. 1 S. 1 BetrVG sei zum einen, dass es sich um eine mehrere Betriebe betreffende Angelegenheit handle und zum anderen objektiv ein zwingendes Erfordernis für eine unternehmenseinheitliche oder betriebsübergreifende Regelung bestehe. Entscheidend sei dabei der Inhalt und Zweck des Mitbestimmungstatbestands, der einer zu regelnden Angelegenheit zugrunde liegt. Insbesondere nicht ausreichend sei allein der Wunsch des Arbeitgebers nach einer unternehmenseinheitlichen oder betriebsübergreifenden Regelung, sein Kosten- oder Koordinierungsinteresse sowie reine Zweckmäßigkeitsgesichtspunkte. Das zwingende Erfordernis für eine unternehmenseinheitliche Regelung sah das BAG im entschiedenen Fall darin, dass es sich um eine sog. „1-Tenant-Lösung“ handelte, bei der die Administrationsrechte zentral vergeben werden. Maßgeblich für die Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats sei mithin, dass durch die zentralen Administrationsrechte auch eine zentrale, unternehmensübergreifende Überwachungsmöglichkeit bestehe. Dass bei einzelnen Modulen benutzerbezogene Einstellungen vorgenommen werden können, führe hingegen nicht zu einer anderen Bewertung, da die zur Leistungs- und Verhaltenskontrolle geeigneten Komponenten oder Funktionen nicht auf bestimmte Personen oder Personengruppen einschränkbar seien. Auch handle es sich um eine einheitliche betriebsverfassungsrechtliche Angelegenheit, sodass eine Aufspaltung der Zuständigkeit von Betriebsrat und GBR für einzelne Module des Softwarepakets bzw. für die Einführung einerseits und die Anwendung andererseits nicht infrage komme.

Mitbestimmung auch bezüglich „des Datenschutzes“?

Die Entscheidung des Gerichts führt zu einer erfreulichen Klarstellung im Hinblick auf die Zuständigkeitsverteilung von Betriebs- und Gesamtbetriebsrat. Dies ist insbesondere wegen der weiten Verbreitung von Microsoft 365 in Unternehmen und Betrieben von enormer Praxisrelevanz. Der Einsatz von Microsoft 365 hat in der jünge-

Foto: IB Photography - stock.adobe.com

Bei Microsoft die richtigen Einstellungen vornehmen

ren Vergangenheit erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken hervorgerufen. Aus Sicht des Betriebsrats stellt sich insofern die Frage, ob dieser mittels des Mitbestimmungsrechts auch auf Fragen des Datenschutzes Einfluss nehmen kann. Diesbezüglich gilt zunächst, dass dem Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht hinsichtlich „des Datenschutzes“ zusteht. Ein solches ergibt sich erst über einen der Tatbestände des § 87 Abs. 1 BetrVG, im Falle von Microsoft 365 eben über § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG. Insofern kann der (Gesamt-)Betriebsrat die Ausgestaltung des Datenschutzes doch beeinflussen.

Entwicklungen im Hinblick auf die Drittstaatenübermittlung

Aus unternehmerischer Sicht ist der Einsatz von Microsoft 365 vor allem wegen der möglichen Übermittlung personenbezogener Daten in die USA problematisch. Die USA sind nach dem Scheitern des EU-US-Privacy-Shields als unsicheres Drittland im Sinne der DSGVO einzustufen, sodass die Datenübermittlung durch geeignete Mechanismen gesichert werden muss, insbesondere um den drohenden Zugriff durch die US-Geheimdienste zu verhindern. Microsoft ist diesbezüglich im ständigen Austausch mit den deutschen und europäischen Aufsichtsbehörden. Zwischenzeitlich wurde angekündigt, dass ab Ende 2022 eine Verarbeitung der in den Cloud-Diensten gespeicherten Daten nur noch in Europa erfolgen soll. Außerdem arbeiten die EU und die USA weiterhin an einem Nachfolgeabkommen für das EU-US-Privacy-Shield, welches die Datenübermittlung erheblich vereinfachen würde.

Einsatz von Microsoft 365 an Schulen

Die Fortschritte im Hinblick auf die Drittstaatenproblematik gestalten sich jedoch zäh, sodass einzelne Aufsichtsbehörden jedenfalls bezüglich des Einsatzes von Microsoft 365 in Schulen die Initiative ergreifen. Den Anfang machte bereits 2019 der hessische Datenschutzbeauftragte, welcher zunächst den Einsatz als datenschutzrechtlich unzulässig bewertete, nach Gesprächen mit Microsoft aber nur einen Monat später erklärte, die Nutzung unter bestimmten Voraussetzungen und dem Vorbehalt weiterer Prüfungen vorläufig zu dulden. Der LfDI (Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) des Landes Baden-Württemberg betreute zwischen Herbst 2020 und Frühling 2021 ein Pilotprojekt, in welchem in Zusammenarbeit mit Microsoft anhand einer funktionell eingeschränkten und möglichst datenschutzkonformen Konfiguration von Microsoft 365 überprüft wurde, ob ein datenschutzkonformer Einsatz an Schulen möglich ist. Trotz des Abschaltens von Funktionen, die aus datenschutzrechtlicher Sicht als besonders bedenklich eingestuft wurden, kam der LfDI zu dem Ergebnis, dass der Einsatz ein sehr hohes Risiko mit sich bringe. Aus diesem Grund wurde empfohlen, auf andere, datenschutzkonforme digitale Bildungsplattformen zurückzugreifen. Diese Empfehlung wurde jüngst in eine Aufforderung an die Schulen in Baden-Württemberg umgewandelt, entweder die Nutzung von Microsoft 365 zu beenden oder den datenschutzkonformen Betrieb eindeutig nachzuweisen. Dass ein solch datenschutzkonformer Betrieb möglich ist, davon scheint auch der rheinland-pfälzische LfDI – trotz Bedenken – auszugehen. Jedenfalls hat dieser in einem FAQ zu Microsoft 365 Hinweise darauf veröffentlicht, unter welchen Voraussetzungen ein Einsatz von Microsoft 365 an Schulen datenschutzrechtlich zulässig sein kann.

Voraussetzungen für einen datenschutzkonformen Einsatz

Auch wenn sich die dortigen Darstellungen auf den Einsatz an Schulen fokussieren, lassen sich diese auch auf die Nutzung durch Unternehmen übertragen. Um dem Risiko des Zugriffs durch US-Geheimdienste zu begegnen, sollte eine „On-Premises-Lösung“ verwendet werden, bei welcher Microsoft 365 entweder auf eigenen oder aber auf IT-Strukturen von Anbietern betrieben wird, welche die Daten innerhalb der EU/des EWR speichern und nicht dem US-amerikani-

Foto: inkdrop - stock.adobe.com

MS Teams ist ein „interpersoneller Telekommunikationsdienst“

Foto: griangraf - stock.adobe.com

Der Einsatz von Microsoft an Schulen unterliegt Einschränkungen

schen Recht unterliegen. Im Hinblick auf die durch Microsoft erhobenen Telemetrie-Daten sollte deren Übertragung durch entsprechende Einstellungen in Microsoft 365 bzw. im Betriebssystem so weit wie möglich unterbunden werden. Wo dies nicht möglich ist, sollten die Daten durch eine geeignete Firewall „gefiltert“ werden, sodass eine Übertragung nicht stattfindet. Dabei ist zu beachten, dass dieser Vorgang mit funktionalen Einschränkungen verbunden sein kann. Als weitere Maßnahmen kommen etwa die Nutzung vorkonfigurierter und abgesicherter Browser mit integrierten Schutzmaßnahmen sowie die Zwischenschaltung entsprechend vorkonfigurierter Terminal-Clients zur weitestgehenden Anonymisierung/Gleichschaltung der Metadaten, die Verwendung datensparsam konfigurierter Endgeräte, die Verwendung dienstlicher pseudonymer Mailadressen/Accounts und das Verbot der Nutzung privater Microsoft Accounts sowie die Umleitung des Internetverkehrs über eine eigene Infrastruktur mit geeigneten technischen Maßnahmen zur Verschleierung der heimischen IP-Adressen in Betracht.

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Verwendung der sog. EU-Standard-Datenschutzklauseln. Diesbezüglich ist jedoch zu beachten, dass der EuGH für die Übermittlung in die USA zusätzliche Maßnahmen für erforderlich hält, die sicherstellen, dass ein im Wesentlichen gleichwertiges Schutzniveau wie in der EU gewährleistet wird. Weil jedoch individuelle Vereinbarungen mit Microsoft kaum abzuschließen sind, bleibt Unternehmen bis auf Weiteres nur, durch entsprechende Voreinstellungen und die Implementierung technischer und organisatorischer Maßnahmen selbst für einen höheren Schutz der verarbeiteten Daten zu sorgen. Des Weiteren sollten auch die mit Microsoft geschlossenen Verträge überprüft und erforderlichenfalls neu verhandelt werden. Eine Überprüfung ist auch dahin gehend erforderlich, ob eine Datenschutz-Folgeabschätzung durchzuführen ist. Im Hinblick auf die eigenen Mitarbeiter sind schließlich die Erfüllung der Informationspflichten und etwaige Schulungserfordernisse zu beachten.

Microsoft Teams als „interpersoneller Telekommunikationsdienst“

Seit dem 1. Dezember 2021 gelten die neuen Regelungen im Telekommunikationsgesetz (TKG). Telekommunikationsdienste im Sinne des Gesetzes (§ 3 Rn. 61 lit. b TKG) sind nunmehr auch sog. interpersonelle Telekommunikationsdienste (§ 3 Rn. 24 TKG), gewöhnlich gegen Entgelt erbrachte Dienste, die einen direkten interpersonellen und interaktiven Informationsaustausch über Telekommunikationsnetze zwischen einer endlichen Zahl von Personen ermöglichen, wobei die Empfänger von den Personen bestimmt werden, die die Telekommunikation veranlassen oder daran beteiligt sind. Der LfDI NRW hat nun in einer Handreichung zu Online-Prüfungen an Hochschulen erstmals festgestellt, dass Videokonferenzdienste – und damit etwa auch Microsoft Teams – als interpersoneller Telekommunikationsdienst im vorgenannten Sinne einzustufen sei. Eine solche Einordnung hat zur Folge, dass der Anbieter des Telekommunikationsdienstes, in diesem Fall also Microsoft, als Telekommunikationsanbieter anzusehen wäre und somit auch dem Fernmeldegeheimnis (§ 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 TTDSG) unterfallen würde. Zuständige Aufsichtsbehörde wäre der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (§ 29 Abs. 1 TTDSG).

Auch wenn Unternehmen als Nutzer eines Videokonferenzdienstes nicht als Telekommunikationsanbieter anzusehen sind (dies ist weiterhin umstritten), brächte eine entsprechende Einstufung von Microsoft auch für diese Prüfungsbedarf mit sich. Dieser liegt darin begründet, dass sich Microsoft in diesem Falle nicht mehr darauf berufen könnte, bei der Nutzung von Microsoft Teams lediglich als Auftragsverarbeiter tätig zu werden. Dies hat zur Folge, dass in den datenschutzrechtlichen Dokumentationen die Übermittlung personenbezogener Daten (in Form von Metadaten, also z. B. IP-Adressen, die übertragene Datenmenge, der Browsertyp, das Betriebssystem und Informationen darüber, wer wann mit wem kommuniziert, aber auch die technischen Übertragungsdaten in Bezug auf den Transport der Inhaltsdaten) an Microsoft als Telekommunikationsanbieter und somit datenschutzrechtlich Verantwortlichen dargestellt werden muss. Dies betrifft etwa die erstellten Verarbeitungsverzeichnisse, die Informationspflichten für die Beschäftigten, Kunden und Businesspartner sowie auch die Formulierungen in Betriebsvereinbarungen.

Schwierigkeiten würden sich auch im Hinblick auf die vertraglichen Vereinbarungen mit Microsoft ergeben. Der LfDI NRW geht davon aus, dass das Unternehmen als die den Videokonferenzdienst nutzende Stelle gemäß Art. 32 DSGVO zur Gewährleistung technischer und organisatorischer Maßnahmen für die Sicherheit der Verarbeitung der Inhaltsdaten verpflichtet ist. Aus dieser Verpflichtung schließt die Behörde, dass diesbezüglich entsprechende Klauseln in den Vertrag mit dem Anbieter von Telekommunikationsdiensten aufzunehmen seien. Aus der Vergangenheit ist jedoch bekannt, dass allenfalls Big Player dazu in der Lage sind, mit Microsoft einzelne Vertragsdetails auszuhandeln, sodass fraglich ist, wie einer solchen Verpflichtung nachgekommen werden könnte. Auch insofern bleiben die weiteren Entwicklungen, auch in Form von weiteren aufsichtsbehördlichen Stellungnahmen, zu beobachten.

Foto: Jörg Modrow, laif, Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Gastautor: Dr. Michael Rath, Luther Rechtsanwaltsgesellschaft

MEHR FÖRDER-MITTEL VERGEBEN

7,2 Milliarden Euro wurden bis zur Jahresmitte ausgeschüttet

Foto: M. Schuppich - stock.adobe.com

Förderkredite der NRW.BANK waren im ersten Halbjahr 2022 sehr gefragt

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 hat die NRW.BANK Fördermittel in Höhe von 7,2 Milliarden Euro vergeben. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht dies einer Steigerung um 37 Prozent. Dies liege daran, dass sich die wirtschaftliche Situation nach den ersten beiden Coronajahren stabilisiert habe und Investitionsvorhaben nachgeholt wurden.

Besonders gefragt waren im ersten Halbjahr 2022 Förderprogramme, die sich positiv auf die Energie- und Ressourceneffizienz auswirken, die die NRW.BANK unter dem Themenbereich Energiewende/Umweltschutz zusammenfasst. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden im ersten Halbjahr 2022 Fördergelder in Höhe von 2,3 Milliarden Euro ausgeschüttet, was einem Plus von 32 Prozent entspricht (zuvor 1,8 Milliarden Euro). Besonders nachgefragt wurde dabei der NRW.BANK.Effizienzkredit mit neu zugesagten 408 Millionen Euro. Im Vorjahr waren hier lediglich 24 Millionen Euro ausgeschüttet worden. Die Steigerung ist dadurch zu erklären, dass das Programm mittlerweile auch die energetische Sanierung sowie den Neubau gewerblicher Objekte umfasst und dafür eingesetzt werden kann. Darlehen in Höhe von 44 Millionen Euro wurden über das Programm NRW.BANK.Elektromobilität zugesagt (Vorjahreszeitraum: fünf Millionen Euro).

Förderungen steigen teils deutlich

Eine deutliche Steigerung bei den Fördermitteln gab es auch im Bereich „Wirtschaft“. Hier konnte das Neuzusagevolumen ebenfalls deutlich gesteigert werden. Bis zum 30. Juni 2022 wurden etwa drei Milliarden Euro zugesagt, im ersten Halbjahr 2021 waren es 1,6 Milliarden Euro. Eine deutlich größere Nachfrage gab es auch beim NRW.BANK.Universalkredit, der ein breites Spektrum an unternehmerischen Investitionen abdeckt. Auch hier legten die Neuzusagen der Darlehen deutlich zu und stiegen auf 1,0 Milliarden Euro an (Vorjahreszeitraum: 0,4 Milliarden Euro). Die Nachfrage stieg insbesondere deshalb, weil Corona-Hilfsprogramme ausgelaufen sind. Das zum 1. Januar 2022 neu gestartete Programm NRW.BANK.Gründung und Wachstum konnte ein Neuzusagevolumen von 238 Millionen Euro verzeichnen. Über diese Förderung wurden zwei Vorgängerprogramme zusammengefasst und mit weiteren Finanzierungsmöglichkeiten ausgestattet.

Beeinträchtigungen gab es allerdings im Förderfeld Wohnraum. Kapazitäts- und Lieferengpässe haben sich negativ auf die Förderungen ausgewirkt. Das Volumen der Neuzusagen sank um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 1,4 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr 2021 wurden Darlehen in Höhe von etwa 1,7 Milliarden Euro zugesagt. Einen deutlichen Anstieg gab es allerdings rund um das Thema Energieeffizienz. Über das Programm NRW.BANK. Gebäudesanierung wurden Darlehen mit einem Volumen von 17 Millionen Euro zugesagt (Vorjahreszeitraum: neun Millionen Euro). Eine deutliche Steigerung gab es auch beim Förderfeld Infrastruktur/Kommunen. Das Neuzusagevolumen stieg auf 2,8 Milliarden Euro (Vorjahreszeitraum: 2,0 Milliarden Euro).

Christian Esser

SO, KÖLN!

#GEGENDIELEERE

Foto: Frank Überall

Der Journalist, Autor und Vorsitzende des DJV Frank Überall fragt sich, warum die Stadt nicht mit ein wenig Kreativität längerfristige Leerstände von Ladenlokalen vermeidet.

Leer stehende Ladenlokale oder Büros sind nicht nur schlecht für die Kassen der Eigentümer, sondern auch für das Stadtbild. Warum nicht mal mit kreativen Ideen den verlassenen Räumen wieder Leben einhauchen?

Es sind diese Geschäfte, die man früher häufig in Anspruch genommen hat, die aber plötzlich weg sind. Ein Beispiel davon ist eine Fachbuchhandlung in direkter Nachbarschaft zur Kölner Universität. Ich gebe zu, ich war lange nicht mehr dort, weil ich auch wissenschaftliche Bücher lieber in der näher an meinem Zuhause gelegenen, kleinen Buchhandlung vor Ort kaufe. Trotzdem ist es irgendwie bedrückend, dass sich die Fachbuchhandlung sozusagen im Hotspot ihrer potenziellen akademischen Kundschaft an der Universitätsstraße nicht halten konnte. Immerhin gab es hier stets eine gute Beratung. Auf die müssen vor allem diejenigen verzichten, die sich ihre Literatur jetzt in großen Internet-Kaufhäusern besorgen.

Durch „Totberuhigung“ droht eine Abwärtsspirale

So wie der Buchhandlung an der Universitätsstraße geht es inzwischen vielen Geschäften in der ganzen Stadt. So richtig fällt das meist nur noch auf, wenn es sich um besonders traditionsreiche Läden handelt oder um solche, die für den täglichen Bedarf wichtig waren. Als Folge droht eine „Totberuhigung“ der entsprechenden Veedel. Denn mögliche Nutzerinnen und Nutzer für die plötzlich leer stehenden Ladenlokale finden sich meist nicht. Räume verkommen, die Areale werden immer trostloser!

Hinzu kommt, dass auch die Kölner Stadtverwaltung mit Gebäuden zu kämpfen hat, die zum Teil seit Monaten nicht genutzt werden. Rund acht Millionen Euro an Steuergeldern sind dafür allein im Jahr 2021 an Steuergeldern angefallen. Für nichts quasi. In einer Mitteilung an die zuständigen politischen Gremien im Rathaus erklärt die Verwaltung, dass dafür unter anderem notwendige Sanierungen und bevorstehende Abrissarbeiten verantwortlich sind.

Bevor private Ladenlokale neu vermietet oder leer stehende Liegenschaften der Stadt „bearbeitet“ werden, kann es zuweilen Monate oder sogar Jahre dauern. Eine „Abwärtsspirale“ für die betroffenen Veedel droht – warum denkt niemand ernsthaft darüber nach, die Richtung einfach umzukehren und daraus mit etwas Verstand und Kreativität eine „Aufwärtsspirale“ zu machen?

Temporäre Nutzung ermöglichen

„Temporäre Nutzung“ lautet das Zauberwort, müsste man es für die Bürokratinnen und Bürokraten im Rathaus definieren. So könnte eine zentrale Stelle eingerichtet werden, die etwa für gemeinnützige Organisationen die leeren Räumlichkeiten auf Zeit zur Verfügung stellt. Denkbar wäre auch, die Gebäude für Startups oder Projekte zur Verfügung zu stellen. Warum nicht mal einer Nachbarschafts-Initiative ein ohnehin nicht genutztes Ladenlokal geben, damit dort gemeinschaftlich Trödel verkauft werden kann? Vom Erlös könnten Personal und Betriebskosten bezahlt werden, der Gewinn könnte gerade in diesen herausfordernden Zeiten den beteiligten Familien zugutekommen oder einer sozialen Einrichtung gespendet werden.

Mit dem Kurzzeit-Betrieb solcher Liegenschaften, ganz gleich ob in privatem oder städtischem Eigentum, könnte ein gemeinnütziger Träger beauftragt werden. Seine Aufgabe wäre es dann auch, bürokratische Hürden wie beispielsweise den Versicherungsschutz kenntnisreich zu bewältigen. Und wenn es richtig gut läuft, können aus solchen Zwischennutzungen sogar erfolgreiche Unternehmen entstehen. Menschen, die künstlerisch tätig sind, aber noch keine Käufergruppe für ihre Produkte haben, könnten mit „Pop-up-Stores“ in Leerständen auf sich aufmerksam machen.

Ich überlege schon fast, für die Vorweihnachtszeit mit dem Basteln von Strohsternen anzufangen, Stadtansichten in feierlicher Abendstimmung zu fotografieren und auf Leinwand ziehen zu lassen oder gesammelte, ausgelesene Bücher zum Verkauf anzubieten. Mit Nachbarn aus dem Veedel könnte ich mich dann zusammentun und mal schauen, ob die ehemalige Buchhandlung an der Universität im Winter immer noch leer steht. Vielleicht könnte sie dann ein Vorzeigeprojekt sein ...

Gastautor: Prof Dr. Frank Überall lebt als freier Journalist in Köln. Er berichtet unter anderem für den WDR und die ARD, lehrt an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln Journalismus und Sozialwissenschaft und ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Als Autor politischer Sachbücher ist er Mitglied in der Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum.

Gastautor: *Prof Dr. Frank Überall lebt als freier Journalist in Köln. Er berichtet unter anderem für den WDR und die ARD, lehrt an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln Journalismus und Sozialwissenschaft und ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Als Autor politischer Sachbücher ist er Mitglied in der Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum.*

EIN STÜCK PARIS IN KÖLN

„Le Bistrot99“ im Dorint Hotel am Heumarkt eröffnet

Foto: Raphael Stötzel/Dorint

Das Dorint Hotel am Heumarkt begrüßt seine Gäste nun auch im neuen "Le Bistrot99"

Nachdem seit mehr als einem Jahrzehnt auf der Aachener Straße das Kölner „Le Bistrot99“-Konzept mit angeschlossener Galerie hervorragend funktioniert hat, gibt es das Bistrot nun auch im Dorint Hotel am Heumarkt.

Heike Iserlohe schwärmt von ihren Erfahrungen und Erlebnissen in Paris. Die Malerin zog es immer wieder in die französische Hauptstadt. Besonders die unzähligen kleinen Cafés und Bistrots haben sie inspiriert. Sie erzählt von Gesprächen mit anderen Künstlern, Philosophen und Schauspielern und wie sie mit ihnen die Kultur des Genusses, der Entspannung und der Kommunikation erlebt hat. „Hier lernt man sich kennen, man diskutiert, tauscht sich aus bei gutem Essen, Wein und Musik“, berichtet Iserlohe. Und genau dieses „Savoir-vivre“ wollte sie auch in ihrer Heimat am Rhein nicht missen. So entstand bereits vor etwa zehn Jahren auf der Aachener Straße das erste „Le Bistrot99“ gemeinsam mit der Galerie „Kunstraub99“. Jetzt gibt es in der Domstadt ein weiteres Bistrot.

Savoir-vivre mitten in Köln

Die Künstlerin und Galeristin lud gemeinsam mit ihrem Mann, Dirk Iserlohe, Dorint-Aufsichtsratschef, viele Kölner VIPs, Freunde und Stammkunden zur Eröffnung des neuen „Le Bistrot99“ ein, darunter Dorint-Markenbotschafter Ingolf Lück sowie Fernsehkoch Mario Kotaska. Die Gäste bekamen eine erste Kostprobe der künftigen Speisekarte, darunter zeitlose Klassiker wie Elsässer Flammkuchen, Boeuf Bourguignon oder Jakobsmuscheln serviert. Heike Iserlohe hatte schon längere Zeit damit geliebäugelt, ein zweites pariserisches Bistrot in Köln zu eröffnen. Im Zuge der Modernisierung des Dorint Hotels am Heumarkt ergriff sie nun die Möglichkeit, im Erdgeschoss der Hotels Pariser Ambiente zu schaffen. „Wir wollen allen Gästen, die in der Kölner Innenstadt französische Bistrot-Atmosphäre suchen, mit unserer Mischung aus Kunst, Kultur und Kulinarik das Lebensgefühl der Stadt an der Seine vermitteln“, beschreibt Iserlohe ihre Idee. „Jetzt kann man auch im Herzen der Domstadt in legerer Atmosphäre mit charmantem Service, bei französischen Spezialitäten und interessanten Unterhaltungen den Alltag hinter sich lassen, kurz: mit allen Sinnen genießen“, so die Künstlerin.

General Manager Marko Markovic und sein Team freuen sich auf viele Gäste im Dorint Hotel am Heumarkt. „Ich freue mich, wenn sich ab sofort bei uns Nachbarn, Freunde, Künstler und Hotelgäste treffen, um zwischen ausgewählten Kunstwerken – bei Musik, die gute Laune macht – klassische französische Cuisine mit einem Glas Crémant oder verführerischem Wein zu genießen“, so Markovic. Neben dem neuen „Le Bistrot99“ finden die Gäste im Dorint Hotel das Restaurant „Faveo“ sowie die „Harry’s New York Bar“. Eine Möglichkeit zur Entspannung bietet der Wellness- und Fitnessbereich „Holmes Place“.

Christian Esser

Foto: Raphael Stötzel/Dorint

Das Bistro bietet neben guten Speisen auch Raum für Freunde der Kunst

Foto: Raphael Stötzel/Dorint

V.l.n.r.: Dirk Iserlohe, Heike Iserlohe und Ingolf Lück

LICHT AUS AM DOM

Wie die Stadt Köln Energie sparen will

Foto: Alex Weis

Ein Bild, was wir so lange nicht mehr sehen werden? Köln spart Strom, auch bei der Beleuchtung ihrer Wahrzeichen

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat ein Umdenken in der deutschen Energiepolitik zur Folge gehabt. Die Abhängigkeit von russischer Energie soll beendet werden. Während andere Anbieterstaaten gesucht und neue Verträge geschlossen werden, heißt es für Städte und Bürger, dass Energie gespart werden muss. Die Stadt Köln hat dazu einen ganzen Maßnahmenkatalog aufgestellt.

Schon bevor der seit über einem halben Jahr andauernde Krieg in der Ukraine sich auf die Energiepreise ausgewirkt hat, waren bereits im Herbst 2021 die Kosten deutlich gestiegen. Seit dem 30. März 2022 gilt die Frühwarnstufe des „Notfallplans Gas“, die das Wirtschaftsministerium ausgelöst hat. Seither sind Städte, Wirtschaft und Bürger angehalten, Energie zu sparen. Ziel ist es, dass die Gasspeicher im November zu 95 Prozent gefüllt sind, um ohne Einschränkungen oder lokale Ausfälle gut und warm durch den Winter zu kommen. Im August hat das Bundeskabinett zudem zwei weitere Energiesparverordnungen gebilligt, die auf dem Energiesicherungsgesetz basieren und einen weiteren Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit leisten.

Sparen bei der Beleuchtung

Auch die Stadt Köln hat sich dem Energiesparen verschrieben. Vor diesem Hintergrund haben die Stadtverwaltung Köln und die städtischen Unternehmen zahlreiche Energiesparmaßnahmen erarbeitet, die bereits umgesetzt werden. So wird die Straßenbeleuchtung um 23 Uhr auf 50 Prozent heruntergedimmt, zusätzlich werden die Leuchten später ein- und früher ausgeschaltet. Besonders auffällig ist die zur späten Stunde fehlende Beleuchtung von repräsentativen Bauwerken. So wird am Kölner Dom, an den romanischen Kirchen, am Historischen Rathaus, an der Hohenzollern- und Severinsbrücke sowie an vielen weiteren Orten die Illuminationsbeleuchtung mit insgesamt über 1.000 Strahlern derzeit um 23 Uhr, ab Herbst um 22 Uhr abgeschaltet. Insgesamt sind 132 Objekte von dieser Maßnahme betroffen.
Am RheinEnergieSTADION wurde die Beleuchtung der Pylone abgeschaltet, in städtischen Büros sollen während der Heizperiode die Räumlichkeiten auf maximal 19 Grad erhitzt werden, in den Sommermonaten wird die Raumklimatisierung auf ein betriebsnotwendiges Minimum reduziert. Die vorgenommene Aussetzung einer Raumtemperaturabsenkung in den Schulen während der Ferienzeiten, die in den vergangenen beiden Jahren ausgesetzt wurde, wird nun wieder durchgeführt und erstmals zu den Herbstferien angewendet. Ausnahmen sind offene Ganztagsschulen oder Orte, in denen zu Ferienzeiten Betrieb stattfindet.

Mitarbeiter sensibilisieren

Die Mitarbeiter der Stadt Köln sollen hinsichtlich eines energieeffizienten Verhaltens sensibilisiert werden. Dazu soll insbesondere das Bewusstmachen von unnötigem Energieverbrauch, bspw. die Nutzung des Stand-by-Betriebs, angesprochen werden. So können die über 22.000 Mitarbeiter der Stadt Köln einen wichtigen Beitrag zum Energiesparen leisten. Als Multiplikatoren sollen insbesondere auch die Hausmeister geschult werden. In Fahrzeughallen, Waschhallen, Lagerhallen und anderen Orten werden die Betriebsparameter angepasst, sodass diese künftig nur frostfrei gehalten werden. Die Stadt Köln ruft zudem ihre Bürger aktiv dazu auf, Energie zu sparen. Die RheinEnergie will dazu eine Informationskampagne mit Tipps umsetzen. „Jede und jeder soll einen Beitrag leisten, um Energie zu sparen und damit einer möglichen Notlage im Herbst und Winter vorbeugen. Auch wir als Stadtverwaltung gemeinsam mit unseren städtischen Unternehmen wollen unseren Beitrag leisten und gehen mit dem Maßnahmenpaket heute den ersten Schritt. Ich bitte die Kölnerinnen und Kölner schon jetzt, überall dort, wo es ihnen möglich ist, Energie einzusparen. Jeder Beitrag hilft“, appelliert Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Um mögliche erforderliche Maßnahmen im Bereich der Energiesicherheit auch kurzfristig umsetzen und koordinieren zu können, wurde von der Oberbürgermeisterin entschieden, dass die „Taskforce Energiesicherheit“ in einen Krisenstab unter der Leitung von Stadtdirektorin Andrea Blome umgewandelt wird.

Christian Esser

UNTERNEHMER TRIFFT GESCHICHTE

Ein wirtschaftshistorischer Rundgang mit Dr. Dirk Reder durch die Kölner Altstadt

Foto: Jana Leckel

Der Alter Markt ist ein Must See auf jedem historischen Stadtrundgang durch die Kölner Altstadt

Der Regionalkreis der Familienunternehmer der Metropolregion Köln Bonn ist dafür bekannt, dass er eine Vielzahl an abwechslungsreichen Veranstaltungen für seine Mitglieder anbietet. Ende August fand mit dem wirtschaftshistorischen Rundgang ein Sommerspecial der ganz besonderen Art statt.

Dr. Dirk Reder ist Historiker sowie Gründer und geschäftsführender Gesellschafter des Geschichtsbüros Reder, Roeseling & Prüfer. Und er ist Vorstandsmitglied bei den Familienunternehmern der Metropolregion Köln Bonn. Und so kam es, dass er auf Anraten eines Vorstandsmitgliedes einen wirtschaftshistorischen Stadtrundgang durch die Kölner Altstadt anbot. Knapp 20 Mitglieder folgten der Einladung zu dem kostenlosen Event an einem – wie könnte es dieses Jahr anders sein – warmen Sommerabend unter der Woche.

Von der guten Stube zum Luxushotel

Treffpunkt war das Römische Nordtor auf der Domplatte zwischen Domportal und Hotel Excelsior. Nach einer kleinen Einführung des Regionalvorsitzenden Frank Oelschläger gehörte das Wort Dr. Dirk Reder, der nach einer fünfminütigen Schnellzusammenfassung über die Stadtgeschichte Kölns zu Beginn der zweistündigen Tour direkt auf verschiedene Orte in der Umgebung hinwies. Zum Beispiel auf das Hotel Excelsior, das 1863 von Carl Ernst gebaut wurde, damit die vielen Gäste, die per Zug anreisten, um sich den Dombau anzusehen, eine zentrale Unterkunft hatten. 1893 avancierte es zu Kölns erstem Luxushotel und gilt noch heute als eine der angesehensten Unterkünfte, wenn man in Köln nicht nur zentral, sondern auch in historischem Ambiente mit gehobenem Niveau nächtigen möchte. „Das Hotel war über Jahrzehnte die gute Stube der Stadt. Alles Wichtige ist dort passiert: Der deutsche Kaiser erlebte hier die Fertigstellung des Doms, nach dem Ersten Weltkrieg war es das Hauptquartier der britischen Streitkräfte, nach dem Zweiten Weltkrieg stand es unzerstört zwischen den Ruinen und wurde dann zur guten Stube der Stadt mit zahllosen prominenten Gästen. Das ist wirklich eine großartige Geschichte.“ Und aus diesem Grund veröffentlichte Reder 2013 mit seinem Geschichtsbüro auch ein Buch mit dem Titel „Excelsior Hotel Ernst – 150 Jahre Excelsior Hotel Ernst (1863 – 2013)“. Denn die Aufgabe des Geschichtsbüros sei es, so Reder, Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre Geschichte für die Unternehmenskommunikation zu nutzen.

22 Stationen in zwei Stunden

Der wirtschaftshistorische Stadtrundgang führte die Teilnehmer über den Roncalliplatz – mit einem kurzen Blick auf das Dionysos-Mosaik und das 15 Meter hohe Grabmal des Poblicius im Römisch-Germanischen Museum – und vorbei am ehemaligen Standort des Bankhaus Sal. Oppenheim hinter dem Heinzelmännchen-Brunnen mit seinem Traum von einem Leben ohne Arbeit. Weiter ging es über den Alter Markt und Groß St. Martin schließlich zum Rhein, wo Reder über das Kölner Stapelrecht informierte, das jahrhundertelang den Wohlstand der Stadt sicherte, während die Rheinischen Kurfürsten 190 Jahre lang vergeblich dagegen vor dem Reichskammergericht klagten. Schließlich führte der Weg über den Heumarkt, vorbei an Farina, Haus Neuerburg, dem Gürzenich und dem Kaufhof über die Hohe Straße zurück zum Brauhaus Gaffel, in dem der Abend in geselliger Runde ausklang. Auf den Wegen zwischen den verschiedenen Stopps, an denen Reder Auskunft über 22 Stationen mit wirtschaftshistorischem Bezug gab, stand er den Teilnehmern Rede und Antwort. Auch zu geschichtlichen Themen, die gar nicht direkt auf der Route lagen. Der leidenschaftliche Hobby-Stadtführer beeindruckte mit seinem fundierten Wissen nicht nur, sondern sorgte auch für interaktive Dialoge, sodass trotz der Fülle an Informationen der Kopf nicht rauchte. „Wirtschaftsgeschichte erklärt, wovon wir eigentlich leben. Sie erklärt, wieso sich die Welt so gewandelt hat, wie sie es getan hat“, erklärt Reder. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum der Stadtrundgang so fesselnd war.

Jana Leckel

ⓘ Mehr Infos zu den Familienunternehmern und der Arbeit des Geschichtsbüros unter: https://www.familienunternehmer.eu/ und https://www.geschichtsbuero.de/

WAS TUN BEI STARKEN REGELBLUTUNGEN?

Eine besondere minimalinvasive Therapie kann Patientinnen mit starken Beschwerden helfen

Foto: potstock-stock.adobe.com

Viele Frauen leiden unter starken Regelblutungen. Unabänderlich ist das nicht.

Die Menstruation ist so alt wie die Menschheit selbst. Und dennoch gilt die Periode häufig noch als Tabuthema, über das viele Frauen selbst mit guten Freundinnen nicht immer offen sprechen. Manche Patientinnen scheuen sich selbst beim Gynäkologen, Probleme mit einer zu starken Regelblutung offen anzusprechen. Statistiken zufolge leiden etwa 20 Prozent der Frauen unter starken Monatsblutungen, aber der Anteil derer, die sich behandeln lassen, liegt nur bei rund einem Viertel der Betroffenen.

Der weibliche Körper bereitet sich in jedem neuen Zyklus auf die Befruchtung einer Eizelle und ihre Einnistung in der Gebärmutter vor. Dazu reift in einem der beiden Eierstöcke eine Eizelle heran. Beim Eisprung verlässt die Eizelle den Eierstock und wird vom Eileiter aufgenommen. Währenddessen verändert sich die Gebärmutterschleimhaut (Endometrium). Sie baut sich auf und verdickt sich, damit sich eine Eizelle einnisten kann. Kommt es nicht zur Befruchtung der Eizelle, dann wird die Gebärmutterschleimhaut abgestoßen, und die Menstruationsblutung setzt ein. Mit der Blutung beginnt ein neuer Zyklus.

So individuell wie die Menschen

Der Monatszyklus ist von Frau zu Frau anders, und er wird von vielen Faktoren beeinflusst, sodass er deutlichen Schwankungen unterliegen kann. Allgemeingültige Aussagen zur Zykluslänge und zum exakten Zeitpunkt des Eisprungs zu treffen, ist daher nicht möglich. Grundsätzlich geht man von einer durchschnittlichen Zykluslänge von 28 Tagen aus, aber die Länge des Zyklus kann durchaus zwischen 25 und 35 Tagen liegen. Als normale Regelblutung bezeichnet man eine Periode, die alle 24 bis 31 Tage auftritt und pro Monat mit einem Blutverlust von vier bis zwölf Esslöffeln einhergeht. Die Blutung erstreckt sich dabei auf vier bis sieben Tage. Dauert die Periode länger als sieben Tage an oder fällt sie sehr stark aus, sprechen Mediziner von Menorrhagie.

Starke Regelblutungen gehen häufig mit Beschwerden wie Unterleibskrämpfen einher. Die Schmerzen sind an sich ungefährlich, aber dennoch sehr unangenehm. Und sie können dazu führen, dass für viele Frauen mit Menorrhagie ein normaler Alltag an den gewissen Tagen des Monats nicht möglich ist. In schweren Fällen können die starken Blutungen sogar die Arbeitsfähigkeit einschränken. Aber starke Regelblutungen können sich nicht nur massiv auf die Lebensqualität auswirken. Der hohe Blutverlust kann zu Kreislauf-Problemen, Blutarmut, Eisenmangel, Müdigkeit und Leistungsverlust führen. Wird ein Eisenmangel nicht behandelt, kann es zu Depressionen und auch zu weiteren schwerwiegenden Erkrankungen kommen.

Ursachen ungewöhnlich starker Regelblutungen

Dauer und Stärke der monatlichen Regelblutung variieren, das ist normal. Ist die Periode allerdings mit einem hohen Blutverlust verbunden oder hält sie ungewöhnlich lange an, kann es dafür verschiedene Ursachen geben.

Gutartige Wucherungen in der Gebärmutter (Myome) kommen relativ häufig vor. Solange sie keine Beschwerden verursachen, sind sie ungefährlich. Führen diese Wucherungen aber zu Blutungen oder drücken auf benachbarte Organe, dann müssen die Myome operativ entfernt werden. In der Gebärmutter können sich auch sehr unterschiedliche gutartige Ausstülpungen (Polypen) bilden, die ebenfalls vielfach keine Beschwerden verursachen. Auch eine Endometriose, bei der sich Schleimhautanteile in der Gebärmuttermuskulatur ansiedelt, kann zu Blutungsstörungen führen.

Neben den körperlichen Ursachen gibt es die hormonell bedingten Ursachen: Da die Gebärmutterschleimhaut sehr sensibel ist, reagiert sie auf kleinste Hormonschwankungen und Umwelteinflüsse. Alle Umstände festzustellen, die die Regelmäßigkeit der Menstruationsblutung beeinflussen, ist der medizinischen Forschung bisher noch nicht gelungen. Zu den diagnostizierten Hormonstörungen gehören jedoch ein erhöhter Stresshormonspiegel, ein abnormer Östrogenspiegel und verschiedene andere Hormonschwankungen. Häufig liegt auch ein völlig normaler Hormonbefund vor, aber die betroffenen Frauen leiden trotzdem unter unregelmäßigen und mitunter extrem starken Blutungen.

Behandlungsmöglichkeiten

Bei der Behandlung einer starken Regelblutung gibt es mehrere Optionen. Welche im Einzelfall geeignet ist, hängt von vielen Faktoren ab – zum Beispiel vom Alter oder von der medizinischen Vorgeschichte. Jede Therapie hat ihre Vor- und Nachteile.

Zu den Behandlungen, die Frauen am häufigsten empfohlen werden, gehören beispielsweise:

Gebärmutterentfernung: Dieser Eingriff wird allein in Deutschland rund 150.000-mal pro Jahr vorgenommen. Den verschiedenen Varianten der sogenannten Hysterektomie ist gemeinsam, dass die Operation mit gewissen, wenn auch geringen Risiken einhergeht und bei den meisten Frauen eine Erholungsphase von ca. zwei bis vier Wochen nach sich zieht.

Medikamentöse Behandlung: Durch die Einnahme der Antibabypille oder das Einsetzen einer Hormonspirale können starke Regelblutungen in bestimmten Fällen gelindert werden. Ein Vorteil der Behandlung ist, dass sie rückgängig zu machen ist. Allerdings wird der gesamte Körper durch die Hormone beeinflusst, was zu unterschiedlichen Nebenwirkungen führen kann.

Ausschabung: Bei der Kürettage handelt es sich um einen operativen Eingriff, bei dem die obere Schicht der Gebärmutterschleimhaut ausgeschabt und untersucht wird – zum Beispiel, um bösartige Gewebeveränderungen festzustellen. Durch eine Ausschabung kann eine starke Regelblutung jedoch nur vorübergehend gemindert werden. Nach zwei bis drei Monaten ist die Periode meist wieder so stark wie zuvor.

Hochfrequenzablation

Eine besonders schonende Form der Behandlung ist die NovaSure®-Goldnetz-Therapie. Die NovaSure®-Methode ermöglicht eine minimalinvasive Behandlung starker Regelblutungen. Dabei wird eine Art Goldnetz genutzt, um die Gebärmutterschleimhaut zu veröden. In der Fachsprache nennt sich diese Behandlung Endometrium-Ablation. Die NovaSure®-Goldnetz-Therapie gilt als die modernste und effektivste Methode unter den Endometrium-Ablationsverfahren.
Bei der Behandlung wird ein sehr dünnes Goldnetz in der Gebärmutterhöhle platziert, wo es sich entfaltet und genau an die Form der Gebärmutter anpasst. Durch ein Vakuum schmiegt sich die blutungsverursachende Schleimhaut (Endometrium) dicht an das Netz an. Dann wird das Endometrium durch einen für jede Patientin individuell ermittelten Energiefluss im Goldnetz verödet. Diese Verödung dauert durchschnittlich nur 90 Sekunden, und der gesamte Eingriff dauert nur ca. 20 Minuten. Die NovaSure®-Goldnetzelektrode wird nach dem Eingriff wieder vollständig aus der Gebärmutter entfernt. Nach dem Eingriff kann sich die Gebärmutterschleimhaut nicht mehr vollständig aufbauen. Die Periode wird dadurch auf ein normales Maß verringert oder bleibt sogar vollständig aus. Die Gebärmutter selbst bleibt erhalten. Eine hormonelle Vorbehandlung der Gebärmutter ist nicht notwendig, und die Behandlung ist zu jedem Zeitpunkt des Zyklus möglich. Der minimalinvasive Eingriff kann grundsätzlich ambulant durchgeführt werden, und meist sind die Frauen nach wenigen Tagen wieder fit für den Alltag.

Für wen eignet sich das Verfahren?

Die NovaSure®-Methode eignet sich für Frauen mit starken Regelblutungen, die mit der Familienplanung abgeschlossen haben. Eine Schwangerschaft muss nach der Therapie vermieden werden. Daher ist es wichtig, dass Patientinnen bis zum Ende der Wechseljahre weiterhin verhüten. Es gibt sehr wenige Einschränkungen in Bezug auf die Therapie. Hierzu gehören Formabweichungen der Gebärmutter wie eine zu kleine Gebärmutter oder eine geteilte Gebärmutter. Auch Myome stellen unter Umständen eine Kontraindikation dar. Ob das Verfahren geeignet ist, lässt sich in einer Voruntersuchung klären.

Foto: Jill Flug, Fotoatelier Süd

Foto: Jill Flug, Fotoatelier Köln Süd

Gastautoren: Sebastian Effinger, Dr Jonas Schukraft, Fachärzte für Gynäkologie, Zentrum für operative Frauenheilkunde Köln, Klinik LINKS VOM RHEIN

ERNTEFRISCH VERARBEITET 100% aus Österreich

Aronia B-Komplex
Er besteht zu 86% aus Aronia Direktsaft, zu 11% aus Sauerkirschsaftkonzentrat und zu 3% aus schwarzer Johannisbeere.

B1 Thiamin trägt zu einer normalen Herzfunktion bei.
B2 Riboflavin trägt zur Veringerung von Müdigkeit und Ermüdung bei.
B6 Trägt zu einer normalen Funktion des Immunsystems bei.
B12 Trägt zu einer normalen Funktion des Nervensystems bei.
Eisen trägt zur normalen Bildung von roten Blutkörperchen und Hämoglobin bei.

AUSTRIA Bio GARANTIE AT-BIO-301 ... zertifiziert!

ARONIALAND DAS ORIGINAL AUS ÖSTERREICH

Bestellung:
Tel.: +49 (0) 8033 6929 190
Info: +43 699 8168 5122
office@aronialand.at

www.aronialand.at

ZAHLEN & FAKTEN

Wie hat sich das Hotel- und Gaststättengewerbe von der Krise erholt? Geht es wieder bergauf? Welche Veränderungen gab es in der Reiseverkehrsbranche? Konnte sich die Freizeitbranche wieder einigermaßen von der Coronapandemie erholen oder herrscht weiterhin Krisenmodus? Und wie entwickeln sich die Übernachtungszahlen im IHK-Bezirk Köln? Und wie lange halten sich die Besucher in den einzelnen Ortschaften auf, wenn sie sich für einen Trip in die Region entscheiden? Diese Antworten liefern die Statistiken aus den Statistischen Überblick 2022 zur Wirtschaftsregion Köln, der von der IHK Köln zusammengestellt wurde.

Tourismusunternehmen

Tourismusunternehmen im Bezirk der IHK Köln

Reiseverkehrsbranche

	2022	Veränderung zum Vorjahr
Reisebüros	624	-2,8%
reiseveranstalter	464	-2,9%
Reisebusunternehmen	66	-7,0%
Insgesamt	**1.154**	**-3,1%**

Freizeitbranche

	2022	Veränderung zum Vorjahr
Kultur- & Unterhaltungseinrichtungen	1.661	-6,8%
Sportanlagen	284	3,3%
Saunas, Solarien, Fitnesszentren	1.181	0,9%
Reisebusunternehmen	2.638	12,9%
Insgesamt	**5.764**	**-3,6%**

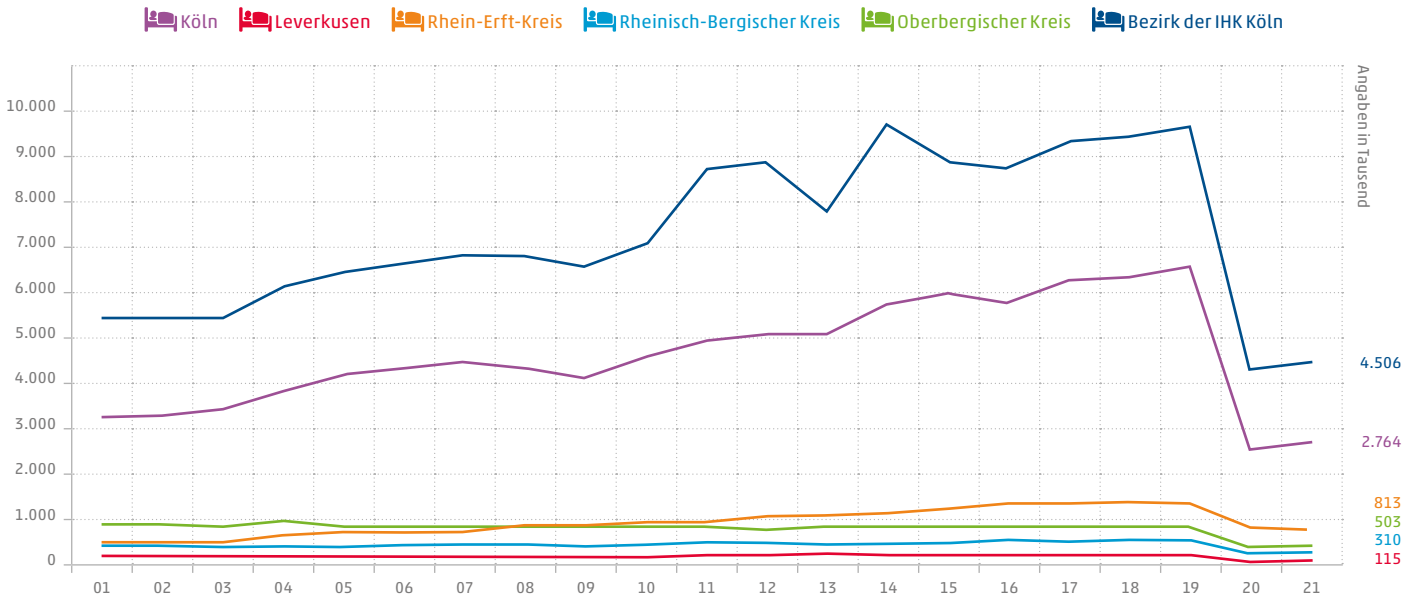
Hotel- und Gaststättengewerbe

	2022	Veränderung zum Vorjahr
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels Garni	498	-3,3%
Restaurants	1.401	5,0%
Café, Eisdielen, Imbiss	1.700	4,1%
Schankwirtschaft	2.086	-0,8%
Bars, Vergnügungslokale, Diskotheken, Tanzlokale	119	6,3%
Trinkhallen	258	2,8%
Kantinen, Caterer	812	1,0%
Insgesamt	**6.874**	**1,8%**

Quelle: IHK Köln

Übernachtungen

Entwicklung der Übernachtungen im Bezirk der IHK Köln*



*) Ab Januar 2012: Beherbergungsbetriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätze (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen; vorher: Beherbergungsbetriebe mit neun und mehr Gästebetten sowie ab 2004 Campingplätze ohne Dauercamping. Für Campingplätze wird die Anzahl der Betten nicht ermittelt.

Anteil der Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland an Übernachtungen insgesamt (2021)

	Insgesamt	Wohnsitz im Ausland	Anteil
Köln, Stadt	2.763.950	659.849	24%
Leverkusen, Stadt	115.263	14.581	13%
Rhein-Erft-Kreis	813.422	157.556	19%
Oberbergischer Kreis	502.598	23.279	5%
Rheinisch-Bergischer Kreis	310.477	25.190	8%

Quelle: Information und Technik NRW (IT.NRW)
Illustrationen: warmworld, lovemask, azaze11o – stock.adobe.com

Unzufrieden mit Ihrer IT?

Sprechen Sie uns an.
Wir beraten Sie gerne - kostenlos!

02204 / 586 120-0

info@smartworx.de
www.smartworx.de

smartworx®
IT-Beratung - Vertrieb - Service

Zum Alten Wasserwerk 9
51491 Overath

- Mehr bewegen
- Aktiver „sitzen“
- Besser organisieren
- Konzentrierter arbeiten

Für gesunde und motivierte Mitarbeiter

EINZIGARTIGES SORTIMENT · SERVICE PUR · ATTRAKTIVE PREISE

Nur für Industrie, Handel, Gewerbe und vergleichbare Institutionen bestimmt.

Entdecken Sie hier viele ergonomische Einrichtungslösungen für mehr Gesundheit und Erfolg in Büro und Betrieb
im Online-Shop unter delta-v.de

DELTA-V
Büro- und Betriebseinrichtungen

DELTA-V GmbH • Büro- und Betriebseinrichtungen • Eichenhofer Weg 71 • 42279 Wuppertal • Tel. Fachberatung: 0 23 39 / 90 98 50 • Online-Shop: delta-v.de